

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., ausmüchtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 152.

Mittwoch, den 4. Juli 1906.

13. Jahrg.

Strecken eines Bells.

## Ein gekrönter Gummihändler.

Von Zeit zu Zeit liest man, besonders in der belgischen, französischen und englischen Presse, von den grauenhaften Zuständen im Kongostaat. Afrika ist nun einmal das Land der kolonialen Skandale. Auch in Deutschland wissen wir ja ein „Schönes“ Lied davon zu singen. Am schmerzhaftesten aber scheinen die Dinge im Kongostaat zu stehen, der sozusagen eine Aktiengesellschaft darstellt, in der dem Könige von Belgien die Rolle des Geschäftsherrn zusteht. Wiederholt haben die Verhältnisse des Kongostaates zu diplomatischen Gebärungen geführt. Man weiß nicht, zu welchen Bewirkungen man dabei noch gelangen kann. Einmal werden immer neuer Stoff zusammengetragen, um dem europäischen Publikum die Augen zu öffnen über die entsetzlichen Verhältnisse, die „dort unten“ herrschen.

Ich muß es tief bedauern, daß sich deutsche Juristen mit Hilfe ihrer Jurisprudenz bis zu einer Verteidigung der Kongoregierung hindurch theoretisieren. So sagt neuerdings einer der besten Kenner der Verhältnisse im Kongostaat, der Kaufmann Hans Ziegler. Er beschäftigt sich in Nummer 4 seiner Serie von Hefen „Hinaus in die Welt“ in dieser auf Grund eigener Beobachtungen mit tiefem Schmerz und erregender Offenheit geschriebenen längeren Studie mit dem Unternehmen König Leopolds. Die Verhältnisse scheinen geradezu zum Himmel!

Gegenüber den Abmachungen der Generalakte der Berliner Konferenz, die am 26. Februar 1886 unterzeichnet wurde, tragen alle im Kongostaat getroffenen Maßnahmen den Charakter einer Verhöhnung der Garantemächte. Der König hatte die kulturelle Hebung der Eingeborenen durch regen Handelsverkehr, eine neutrale, uneigennützig zu erwartende Verpflegung, die für die Ausbreitung der Sitten sorgen, die Tür offen haben und ihre Strafe nur in der Unterdrückung des Skavenhandels zeigen sollte. Dieser ist in allen Punkten das Gegenteil geschehen. An die Stelle der offenen Tür ist ein gewaltiges System von Zwangsarbeit und Unrecht getreten. An ihnen beteiligte sich der König offen zur Hälfte, er sicherte sich aber außerdem durch die Überlassung von Aktien an Strohwänner das Bestimmungsrecht über die inneren Verwaltungsangelegenheiten. Diesen Strauß stand das Recht zu, Soldaten zu halten. Mithin sind des Königs Beamte gleichzeitig solche dieser Privatunternehmungen. Jeder legitime Handel wurde durch königliche Dekrete als Diebstahl erklärt. Das Land, die Erträge des Landes, selbst die jagdbaren Tiere wurden als Staatsbesitz erklärt und die Eingeborenen ohne Entschädigung enteignet.

Besonders charakteristisch für das Verfahren des Königs ist seine Tätigkeit als Gummihändler. Nachdem man den Eingeborenen das Land, das ihnen gehörte, und dessen natürliche Produkte genommen hatte, wurde ihnen ein Koppfoll auferlegt, der in Gummi bezahlt werden mußte. Die ausführenden Beamten vom Untergang bis hinauf zum höchsten Provinzialverwalter waren durch Provisorien und schlechte Gehälter darauf hingewiesen, das Einbringen von Gummi mit allen Mitteln zu betreiben. Der Schwarze war damit erst recht zum Sklaven des weißen Mannes geworden. Für ein Pfund Gummi, das in Antwerpen mit 4 Frank bis 4,50 Frank bezahlt wird, erhält der schwarze Sammler — wie es von den Kongobeamten selbst bezeugt werden kann — 10 bis 20 Centimes (8 bis 16 Pfennig), und das auch nur in Bezug mit 100 Prozent Kapitalverlust; also eigentlich erhält er nur die Hälfte dieser kleinen Summe, die dem Schwarzen noch dazu ausdrücklich als „Zinsgeld“ verabschiedet wird. Ein bedeutender französischer Schriftsteller sagt: „Des Königs Wirtschaftspolitik beruht auf der Bildung einer eingeborenen Armee, stark genug, um die Eingeborenen zu zwingen, die Gummi- und Eisensteuereinzahlung zu bezahlen.“

In solchen Gebieten, in denen Gummi nicht wächst, wird die Steuer in Rekruten und Lebensmitteln für die 15 000 Mann starke Armee bezahlt, wozu die Sanganas und Watillas besonders herangezogen werden. Da die Dienstzeit auf zwölf Jahre festgesetzt ist, und die meisten Ausgehobenen ihre Heimat nicht wiedersehen, so sind Widerstand, Mord und Totschlag bei der Aushebung natürlich. Diese beiden Stämme sind noch Kanibalen, und ein weißer Offizier ist beim besten Willen nicht imstande, dagegen energisch aufzutreten, wenn er selbst auf deren Schutz Anspruch macht.

Die Art und Weise, wie die Ausbeutung eines neuen Distrikts in Angriff genommen wird, ist ungefähr folgende: Ein Weißer (meistens ein jüngerer Mann) mit einem Fahrgeschäft von 4000 bis 5000 Frank und weniger geht mit Soldaten ins Innere und legt Instruktionssachen eine Station an. Er baut ein Haus für sich und Hütten für die Soldaten, umgibt das Ganze mit Verteidigungsanlagen, nachdem er vorher schon ein freies Schußfeld von rund 400 bis 500 Meter geschaffen hat. Dies nimmt ungefähr vier Wochen in Anspruch. Danach unternimmt der Stations-

leiter (Unteragent) mit einem Teil der Garnison Touren in die umliegenden Gebiete und besucht jedes Dorf. Vor jeder Hütte muß der dazu gehörige Mann stehen, im anderen Falle wird die unbewohnte Hütte niedergebrannt, weil „angenehmer“ wird, daß der Besitzer sich im Busch versteckt hat, um der Registrierung zu entgehen. Jeder erhält eine Blechmarke um den Hals, und der Dorfälteste eine solche aus Metall.

Hierauf muß von nun ab jeder registrierte Mann fünf Kilogramm Gummi in der Station als Steuer abliefern. Man hat bezeugt, daß Leute, die weniger brachten, 50 und mehr Stockschläge in gewissen kurzen Zeitabschnitten erhielten; die anderen erhielten ein Gesicht, den drei- bis vierhundertsten Teil des eingebrochenen Gummimertes. Der Staat bezahlt pro Kilogramm 1 Frank Provision an seine ausführenden Beamten. Der Unteragent und Leiter der Sammelstation erhält 25 Centimes, sein Vorgesetzter gleichfalls 25 Centimes, und der Provinzialchef von Kasai la Boitaille 50 Centimes. Auf diese Art werden recht ansehnliche kleine und große Beamten „gemacht“, die hauptsächlich nach Belgien abfliehen.

Es ist unmöglich, hier das ganze Register von Grausamkeiten, die von königlichen Beamten und Agenten am Kongo zur Erpressung von Gummi hingenommen wurden, aufzuzählen. Im Jahre 1900 gestanden Agenten, daß sie 150 Eingeborene getötet, einen großen Haufen von ihnen (60) die Hände abgehauen hätten, Weiber und Kinder an Ketten und Kerpel gezwungen, getötete Mütter an die Statuen der Dörfer der besuchten Dörfer als Warnung hängen zu lassen. Ein Beamter, der unter Boitaille diente, bestätigte Herrn Ziegler, daß auf einer Gummistation 900 Eingeborene getötet und Dutzende von Dörfern niedergebrannt wurden. Zwei Frauen, die ein Unpatriotischer traf, und von denen die eine hochschwanger war, gaben auf die Frage, wer ihnen die Hände abgehauen hätte, die Antwort: „Die Soldaten des weißen Mannes auf der Station, weil unser Mann kein Gummi gesammelt hatte.“ All diese Fälle von Grausamkeiten könnten um unzählige Beispiele vermehrt werden. Ganze Länder strecken sich auf diese Weise entvölkert worden. Früher das Gummigebiet hat bisher Gummi gebracht, die in die Hunderte von Millionen gehen!

Man spricht ja viel davon, daß endlich auf Drängen verschiedener Staaten Europas Reformen eingeführt werden sollen. Man, ob Reformen oder nicht, die Kasse der Firma Leopold u. Kompagnie ist reich gefüllt. „Da der Chef dieser Firma“ so fragen wir mit der „Zeit Zeitschrift“, der wir die vorstehenden Ausführungen entnommen haben, „sind Beamten wohlthätigen Stiftungen und der Kirche überlassen wird, um sein Debitkonto beim lieben Gott auszugleichen?“ Die Kirche würde das Geld schon nehmen. Doch würde alsdann wiederum nur dem gegeben werden, der die Fülle hat. Darum werden die Millionen voraussichtlich „in der Familie“ bleiben.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der neueste preussische Russenrevol. Aus Tilfit kommt eine Nachricht, welche alle Ungewissheiten in den Schotten stellt, die seitens der preussischen Regierung in Bezug auf die Bedienung gegen das russische Garat geleitet worden sind. Eine Justizaktion, so unerhört, daß in allen zivilisierten Ländern der Ruf des Deutschen Reiches weiteren Schaden erleiden wird. Am 26. Januar dieses Jahres fand in Tilfit eine Verhaftung statt, die bestimmt war, der Ausgangspunkt zu einem neuen Geheimbandprozess nach Art des großen Königsberger Hochverratsprozesses vom Jahre 1904 zu werden. Nur war der Anlaß für die Anklage noch nichtiger wie damals. In der Wohnung des Deutsch-Litauer Wannagatis, eines deutschen Reichsangehörigen, wurde damals ein russischer Student namens Sypowicz unter dem „bringenden Verdacht der Geheimhandlung“ verhaftet. Gegen ihn lag nichts weiter vor, als daß er sich in der Wohnung des Wannagatis, der allererst in Deutschland erlaubte Schriften vertrieb, aufgehalten. Sypowicz war lediglich aus Russland nach Deutschland gekommen, um sich von hier aus weiter ins Ausland zu begeben. Die ganze Geheimhandlungsangelegenheit beruht auf folgenden „Erwägungen“: Im Königsberger Hochverratsprozess sei „festgestellt“ worden, daß eine „geheimen Verbindung“ zum Vertrieb russischer Schriften nach Deutschland bestünde, ein Geheimbund, der von russischen Revolutionären in London und Zürich ausgehe. Dort hätten sich die Russen zusammengezogen, und sich mit deutschen Staatsbürgern „heimlich“ verbündet. Da nun Wannagatis solche Schriften vertrieb und da nun Sypowicz ihn besucht hat, muß auch Sypowicz Mitglied dieser „geheimen Verbindung“ sein. — Also die flüchtige Begründung der farnen Anklage! Die Rechtsanwältin Dr. Ehrlich-Rüst und unser Genosse Haase nahmen die Sache in die Hand und ihren Bemühungen gelang es, die Aufhebung des Haftbefehles durchzusetzen. Mit Recht machten sie geltend, daß die Leute, die von London und Zürich aus die Verbreitung

der fraglichen russischen Schriften in Russland planten, niemals die Absicht hatten, ihr Vorhaben vor der preussischen Regierung geheim zu halten, sondern höchstens vor der russischen. Außerdem aber sind inzwischen ganz neue Verhältnisse in Russland eingetreten; die Personen, von denen im Königsberger Hochverratsprozess festgestellt war, daß sie in London und Zürich lebten und sich von dort aus um den Vertrieb russischer Schriften in ihrem Vaterland bemühten, sind infolge der Amnestie vom Oktober 1905 längst nach Russland zurückgekommen und sind jetzt vielleicht sogar Abgeordnete in der Duma, möglicherweise bald Mitglieder der russischen Regierung. Jetzt endlich wurde vom Gericht der letzten Freitag der Haftbefehl gegen den Studenten aufgehoben, weil sein „bringender Verdacht“ seiner Teilnahme an einer geheimen Verbindung besteht. Jetzt aber kommt das Tollste: Trotz Aufhebung des Haftbefehls wurde Sypowicz nicht freigelassen. Raschlich jetzt wurde auf Verlangen der Staatsanwaltschaft die Haft aufrecht erhalten, weil ein Auslieferungungsverfahren gegen den russischen Studenten schwebt. Der deutsche Konsul in Rom hat auf Betreiben des vorigen Gouverneurs den Auslieferungsantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Das dreifache Verlangen des russischen Gouverneurs nach der Auslieferung beruht darauf, daß Sypowicz nicht etwa von einem russischen Gericht, sondern von der Polizeibehörde seiner Heimat im administrativen Verfahren als „Agitator“ bezeichnet und deshalb zu drei Monaten Haft verurteilt ist. Selbst nach dem ungeheuerlichen preussisch-russischen Auslieferungsvertrag ist es nicht zulässig, auf Grund einer solchen „administrativen“, nicht einmal von einem russischen Richter ausgehenden Verurteilung einen Russen den Schergen des Zaren auszuliefern. Schon Freitagabend ist ungenügend eine Beschlusse an den preussischen Justizminister abgegangen und das Verlangen nach sofortiger Entlassung des in so schmachtvoller Weise verfolgten russischen Studenten gestellt worden. Noch schmachtet der Unzulässige im Gefängnis. Noch harret er eines Spruches darüber, ob man trotz aller Erklärungen im Reichstage es so weit treiben wird, ihn den Schergen des Zaren zu überlassen. Während sich in Russland selbst die Arme gegen die verbrecherischen Tschinowitsch erhebt, sind preussische Behörden darauf und dran, diesen Verbrecher einem Exzessmann zur Vollziehung eines Racheaktes zu überweisen. Warum die nunmehr 5 Monate währende Verhaftung des Sypowicz wegen Verstoßes der Geheimhandlung ein starkes Stück, ein Vorgang, wie er in einem fortgeschrittenen Rechtsstaat unmöglich wäre, so setzt die neueste Tat denn doch allem die Krone auf. Selbst der konsequente „Volksbote“ veröffentlichte jüngst einen Artikel, indem er seiner Empörung über die Pogroms, welche die russische Regierung anstiftet, flammenden Ausdruck verlieh. Den Urhebern dieser Gräueltaten, den Büchern, welche diese Verbrecher auf ihr Gewissen luden, der Nordbreitern des „heiligen“ Russland, das jetzt im eigenen Schlamm verkommen, soll nun vom Reichsstatenrat ein Schuldbrief ausgehändigt werden? Und voll Eitel weißt man in Frankreich, in England, in Österreich, kurz fast in allen europäischen und amerikanischen Staaten auf Preußen: Deutschland hin, wo das verbrecherische Regime des Zaren solche Förderung findet!

Der Flottenkoller und seine Propheten. Die kleine „Berliner“ Historie von Rücktrittsgedanken bei Herrn v. Tirpitz hat inzwischen durch ein „kategorisches Dekret“ ihren Abschluß gefunden, ohne „allgemeine Verurteilung“ herbeizuführen. Eines schönen Tages wird Herr v. Tirpitz Gesundheitsrückfragen verspielen und sein Nachfolger wird sich mit einer neuen Millionenforderung für Flottenvermehrung auseinandersetzen. Folgendes Exempel zeigt, wie der Flottenkoller „vorkäuflich“ seinen Feldzug weiter führt: Daß eine Flottenvermehrung über den Rahmen des geltenden Flottengesetzes hinaus geplant sei, wird bekanntlich von den „Münchener Neuest. Nachr.“ bekräftigt. Welcher Wert oder solcher Ablegungen innewohnt, geht daraus hervor, daß in denselben Artikel dafür plädiert wird, das Ziel des Flottengesetzes eher zu erreichen, als im Flottenplan vorgesehen wird, der das Jahr 1920 als Endtermin bestimmt. Das Münchener Blatt zweifelt nicht daran, daß die Frage des rascheren Bautempo in kurzer Frist von der Regierung bejaht werden wird und daß künftig statt 3 großer Schiffe 4 bis 5 neu auf Stapel gelegt werden. Wenn außerdem die Baugeschwindigkeit drei Jahre verkürzt werden würde, so würde die gesamte Schlachtflotte in der Zahl von 38 Schiffen bis zum Jahre 1914 fertiggestellt werden können. Das Münchener Blatt meint, daß dieser Termin durchaus in den Grenzen unserer Finanzen, der Leistungsfähigkeit der deutschen Werke und des Offiziers- und Mannschafteinsatzes gehalten wäre. Noch in diesem Frühjahr wurde in denselben „Münchener Neuest. Nachr.“ auseinandergesetzt, daß eine Beschleunigung des Bautempo, wenn auch aus finanziellen Gründen möglich, so doch wegen der dadurch an die Werften gestellten Anforderungen schwierig und wegen des mangelhaften



Wannschaffsverfahren undurchführbar sei. Die „kleine“ Differenz in der Auffassung des Münchener Blattes, das sich nun zum Sprachrohr für die Herzogswünsche der Uferlosen macht, ist kennzeichnend für die ganze Situation. Man fühlt, daß man mit einer neuen Flottenvorlage, am Ende gar noch im Laufe dieses Jahres, nur wenig Glück haben würde, und versucht nun auf Umwegen, das zu erreichen, was Inhalt der neuen Vorlage sein würde. Nach der kläglichen Steuerflüchtigkeit soll auf einmal die Finanzlage Deutschlands so glänzend sein, daß eine wahnmäßige Beschleunigung des Flottentempos durchaus keine Schwierigkeiten bieten würde. Als ob die Belastung des deutschen Volkes nicht auch schon ohne Abweichungen vom Flottenbauplan eine so erdrückende wäre, daß auch trotz der „Finanzreform“ die verdrückte Schuldenwirtschaft des Deutschen Reiches ihre vernünftige Fortsetzung finden wird.

Genossin Rosa Luxemburg, die bekanntlich den russischen Häusern in die Hände gefallen war, ist nach einer Meldung der „Doff. Jta.“ aus Warschau gegen 3000 Mark Rantion auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Wirklicher Geheimrat Oberregierungsrat Gaebel, ist gestorben.

#### Rußland.

Reichsduma. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über das Versammlungsrecht kritisiert Professor Maxim Kowalewsky, nachdem er hierauf bezüglich Gesetze in Europa besprochen und erklärt hat, er sei für die englische Gesetzgebung dieser Materie, den Gesetzentwurf der Kommission, die aus Mitgliedern der konstitutionell-demokratischen Partei zusammengesetzt. Redner meint, er müsse jener englischen Theorie zustimmen, die ausführe, es gebe kein Versammlungsrecht; es gebe ein Recht der Rede und ein Recht zu gehen, wohin jeder wolle. Diese beiden Rechte vereinigt bilden das Versammlungsrecht. (Unhaltender Beifall auf der linken.) Diese Rede rief große Sensation und Erstaunen bei den gemäßigten Parteien hervor. — Das Haus beriet dann über die Abschaffung der Todesstrafe. Abg. Prof. Kusmin Karawajeff legte in längerer Rede dar, daß die Todesstrafe aus juristischen und kulturellen Gründen abgeschafft werden müsse. Redner verwies auf die französische Revolution und erklärte, die Duma müsse auf die Beseitigung der Todesstrafe hinarbeiten. Karawajeff verlangte endlich, daß die Todesstrafe während der Kriegszeit abgeschafft werde. (Beifall.) Der Justizminister ergriff hierauf das Wort, um für die Todesstrafe einzutreten, die wegen der Entwicklung des Anarchismus unentbehrlich sei. Der Minister wies auf das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika hin, in denen die Todesstrafe infolge der Ausbreitung des Anarchismus eingeführt worden sei. Den Redner, dessen Ausführungen durch Zwischenrufe: „Abdanken! Abdanken!“ und „Aufhören!“ mehrfach unterbrochen wurden, schloß mit der Erklärung, die Regierung könne die Todesstrafe zurzeit nicht abschaffen, denn das hieße auf das Recht verzichten, diejenigen zu bestrafen, die die treuen Söhne des Landes ermordeten. (Rufe: „Genug! Genug!“) Der Präsident erhob sich zu der Erklärung, ein solches Vorgehen, die Ausführungen eines Redners abzuschneiden, sei in der Geschäftsordnung der Duma nicht vorgesehen. Der Generalstaatsanwalt der Marine Matwejew erklärte hierauf kurz den Standpunkt des Marineministers, der sich den Anschauungen der Reichsduma nicht anschließen könne. (Diese Ausführungen wurden von dem Rufe: „Denker des Schicksal!“ begleitet.) Der Präsident erteilte hierauf dem Generalstaatsanwalt der Armee Pawlow das Wort. Der Rufe im Hause hinderte diesen am Sprechen. Der Präsident läutete. Die gesamte Duma erhob sich mit dem Rufe: „Wir wollen die Denker, Räuber und Mörder nicht hören! Sie sollen ihren Ministern sagen, daß sie abdanken sollen!“ Mehrere Abgeordnete drängten sich mit geballten Fäusten gegen die Rednertribüne. Pawlow verließ, nachdem er den Lärm etwa eine Minute standgehalten, den Saal. Hierauf wurde die Sitzung auf eine Stunde vertagt. — Die Sitzung wurde um 6 1/2 Uhr wieder eröffnet. Redner der Linken und der konstitutionell-demokratischen Partei gaben als Erklärung für das Verhalten der Duma deren Entrüstung über den General Pawlow an, dessen Leben eine Reihe von Hinrichtungen aufweise. Die Redner von der Rechten, Graf Scherwin und Fürst Wolkonoski erhoben Einspruch gegen das Verhalten der Linken. Die Duma könne nicht arbeiten unter solchen Umständen, und wenn sie bei einem solchen Vorgehen verharre, werde es in Rußland zu Blutvergießen kommen. Der sozialistische Abgeordnete Fürst Baraton führte aus: Die Duma habe Pawlow den Platz verweigert, nicht das Wort. Sie habe ihn davon gejagt, wie alle davon gejagt werden, die Blut an sich tragen. Das Haus nahm sodann den Antrag an, die Beratung über die Todesstrafe bis zur Annahme der Vorlage fortzusetzen, die noch heute erfolgen soll. Die weitere Fortsetzung über die Todesstrafe gestaltete sich sehr lebhaft. Der Gehilfe des Ministers des Innern Malakow teilte mit, der Minister des Innern sei bereit, den Entwurf in Erwägung zu ziehen in Verbindung mit einer Vorlage auf Revision der Ausnahmegesetze. Die Abgg. Nabolow, Ledatshy und Roditschew hielten heftige Reden für die Abschaffung der Todesstrafe. Der Priester Dzhuraw sagte, das Evangelium habe die Todesstrafe abgeschafft; durch die Beiden des Heilandes sei die heilige Wahrheit festgestellt worden, und keine Regierung besitze ein Recht auf Menschenleben. Jede Todesstrafe sei ein Verbrechen. Die Reichsduma nahm einstimmig den Gesetzentwurf betr. die Abschaffung der Todesstrafe an und beschloß, ihn als eilig dem Reichsrat zu überweisen.

Eine Komödie. Die „Köln. Jtg.“ meldet aus Petersburg: Bevor das erste Bataillon des Preobraschenski-Regiments nach dem Gouvernement Nowgorod geschickt wurde, fand im Lager eine Zeremonie statt, die im hohen Grade einer Kastration gleich kam. Der Zar befohle, nachdem das Bataillon Krosnowo verlassen hatte, das dortige Lager, und schritt in heftiger Erregung die Front der zurückgelassenen Bataillone des Preobraschenski-Regiments ab und erklärte mit erregter Stimme, daß er nie mehr die Uniform des Regiments anlegen werde. (Wie schade! Red.) — Der Vorgang im genannten Regiment soll folgendes Kapitel gehabt

haben: Im Lager der ersten Sappenebrigade verlas ein Kompaniechef seiner Kompanie die Forderungen, die das Preobraschenski-Regiment gestellt hatte und schloß mit der Frage, wer von den Mannschaften behaupten wolle, daß diese Forderungen berechtigt waren. Da trat ein Unteroffizier hervor und erklärte mit größter Ruhe, alles sei richtig und alle Soldaten in Rußland wünschten das. Der Offizier stürzte sich auf den Unteroffizier mit Schimpfreden und befahl die Arretierung des Unteroffiziers. Die Soldaten ließen aber die Verhaftung nicht zu, versammelten sich abends im Lagerplatz und berieten den Vorfall. Es wurde beschlossen, die Arretierung unter keinen Umständen zuzulassen, und fernerhin, ganz offen Versammlungen abzuhalten. Zum Schluß brachen die Teilnehmer zu Ehren des Preobraschenski-Regiments in laute Hurrarufe aus. — Die Agitation unter dem Regiment soll hauptsächlich von den Musikern, sowie von dem Abgeordneten Aladin betrieben worden sein. Ob man das wohl beweisen kann?

Erfolgreiche Attentate. Am Sonnabend Abend wurden in Warschau drei Polizisten und ein Gendarm durch Revolvergeschüsse tödlich verletzt. — Am Montag nachmittag sind gleichzeitig 6 Bombenanschläge gegen Polizeibeamte verübt worden. Zwei Oberbeschützte wurden erschossen, zwei Polizisten und ein Gendarm tödlich verletzt. Nachdem diese Morde bekannt geworden waren, sind unverzüglich alle Stadtpolizeiposten zurückgezogen worden. Sie werden vorläufiglich von Militär besetzt werden. — Gestern Abend wurde der Infanteriehauptmann Tobeltzew, der in der Zitadelle die Einrichtung geleitet hat, erschossen.

Die Stimmung der Bauern. Ein guter Kenner des russischen Bauernums schreibt aus Petersburg: Die Stimmung der Provinz, der großen Masse der Bevölkerung daselbst erhebt sich mit jedem Tage. Trotz der Verhaftungen und der Verbannungen nach Sibirien und nach den nördlichen Gouvernements nimmt das Dorf ein Gesicht an, das bei weitem lebendiger ist, als dasjenige, das man nach dem Manifest des 17./30. Oktober beobachten konnte. Die jetzige Bewegung ist viel tiefer und zielbewußter. Einerseits ist es die Vertilgung der Tagesblätter mit den Berichten über die Sitzungen der Gossudarstwennoja-Duma, andererseits aber ist es das Resultat der Agitation, die von allen Parteien in viel größerem Umfange als zuvor betrieben wird. Eine große Rolle spielen bei diesen Agitationen die Mitglieder der Duma selbst, die in den Feiertagen nach Hause gehen und alsdann immer in einer ganzen Reihe von Städten und Dörfern Versammlungen abzuhalten pflegen. Diese Versammlungen werden teilweise von der Behörde erlaubt, aber oft geht ohne diese Erlaubnis. Wo nur ein paar Bauern zusammenkommen, da wird sofort über Politik gesprochen. Sogar die Pilger in dem Kiewo-Betschorsh-Kloster regen sich durch die Politik auf. Zuerst erörtert man die Frage über den Grund und Boden, dann geht man zur Besprechung der Freiheiten über: Boden und Freiheit, Freiheit und Boden. Einen Umschwung in der Stimmung der Provinz kann man auch dadurch feststellen, daß die Reden der extremen Parteien jetzt mehr Gehör finden als zuvor. Dort wo früher die R.-D. immer die Oberhand hatten, klatscht jetzt die Menge den sozialdemokratischen Rednern zu, die Resolutionen der „Arbeiter“ werden abgelehnt, die der extremen Parteien dagegen angenommen. Dies wird nicht nur in den Städten, sondern auch teilweise in den Dörfern beobachtet. Aus den entlegensten Winkeln des Reiches kommen Nachrichten, daß auch dort die Bauern völlig verändert sind. Man wandert Dugende von Wersten um eine Zeitung zu bekommen, man versammelt sich zu gemeinsamen Besprechungen der Lage, man kennt genau die „Arbeitsgruppe“ in der Duma, man folgt den Reden der Dumamitglieder, die aus dem betreffenden Gouvernement gewählt sind, mit großer Aufmerksamkeit, mit einem Wort, es gährt unter den Bauern und es gährt gewaltig.

#### Serbien.

Bei den Stichwahlen zur Stupschina wurden am Sonntag 3 Ultralibale, 1 Nationalist und 1 Fortschrittler gewählt. Demnach haben im ganzen die Ultralibalen 90, die Jungradikalen 48, die Nationalisten 15, die Fortschrittler 5 und die Sozialisten 1 Mandat erhalten. Ein Wahlergebnis steht noch aus.

#### Oesterreich-Ungarn.

Die Judenweheleien in Bjeleostok bildeten gestern den Gegenstand einer Erörterung im ungarischen Abgeordnetenhause. Der Abg. Czimazlia (Koschutpartei) besprach vor Eintritt in die Tagesordnung die Judenmassaker. In Bjeleostok hätten behördliche Organe mit Vertilgung ihrer elementarsten Pflichten Greuelthaten gegen ihrem Schutze anvertraute Untertanen verübt. Redner drückt die Ueberzeugung aus, daß das Abgeordnetenhause ihm zustimmen werde, wenn er über die in Bjeleostok verübten kanibalischen Grausamkeiten seine Berachtung kundgibt und andererseits den Opfern sein Bedauern und seine Teilnahme bezeugt. (Zustimmung.)

#### Italien.

„Alles ist in Ordnung“, so wurde in der italienischen Kammer in bezug auf die Flotte festgestellt. Wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, fand eine parlamentarische Untersuchungskommission, daß die Termiwerke, die das Monopol für Lieferung von Passierplatten, Geschützen usw. besitzen, nicht nur dem Staat ungeheuer übertriebene Preise gemacht, sondern auch in betrügerischer Weise unbrauchbares Material geliefert haben. Diese Behauptungen, die vollständig das Befestigen, was schon früher der sozialistische Abgeordnete Enrico Ferri geschrieben und deswegen er zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden, erregten natürlich im ganzen Lande peinliches Aufsehen. Nachdem die Entrüstung sich etwas gelegt hatte, wurde jetzt im Parlament die Angelegenheit zur Sprache gebracht und der Abgeordnete Bettolo, derselbe, unter dessen Regime als Marineminister die Termiwerke ihre Betrügereien auszuführen hatten, trat als Verteidiger der „nationalen Industrie“ auf, schuldete von dem Richterstater über das Marinebudget, Arlotta. Die Herren Abgeordneten spendeten lebhaften Beifall und die Blätter verschiedener Parteirichtungen betonten, daß mit diesen beiden Reden die Angelegenheit eigentlich erledigt sei, indem diese unabhängigen Sachleute die Uebertreibungen auf das rechte Maß zurückgeführt und über

die Zustände in der Marineverwaltung beruhigung verbreitet hätten. — Wie ist das zu erklären? Einfach dadurch, daß die Bourgeoisabgeordneten durch Aktien an den Termiwerken beteiligt sind und ein Interesse an deren Gedeihen, wenn es auch auf Betrug basiert ist, haben. Mögen die Schiffe unbrauchbar sein oder mit Mann und Maus zu Grunde gehen — den Profit haben die Herren ja in der Tasche.

#### Frankreich.

Ein Nachhall zur Marokkoaffäre. Das französische Budget für 1907, das zum erstenmal vier Milliarden überschreitet, schließt mit einem Defizit von 377 Millionen ab. Die reaktionären Blätter schlagen darüber großes Lärm und schieben der sozialen Gesetzgebung alle Schuld an der Finanzmiskere zu. Wir wollen uns hier nicht mit einer Untersuchung des Budgets aufhalten, sondern nur hervorheben, daß die beiden Gesetze, die in Kraft getreten sind und von denen alles Unheil kommen soll, — das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit und das Gesetz für unterstützungsbedürftige Gesehe, — im ganzen etwa 70 Millionen Mehrkosten erfordern. Im Budget befindet sich jedoch unter dem Ausgaben ein Posten, der etwas weit umfangreicher ist, von dem man jedoch kein Wort spricht. Ein desto größeres Interesse erweckt er für uns. Es sind dies 193 240 200 Francs, die, wie es im Bericht heißt, verursacht wurden durch die „Vorsichtsmaßregeln, die im kritischen Augenblick der marokkanischen Affäre genommen werden mußten.“ — Durch diese Zahl dürfte es jedem mit erschütternder Deutlichkeit klar sein, wie rußlos Diplomatenhochmut und kapitalistischer Heißhunger mit der ungeheuren Gefahr eines Weltkrieges gespielt haben.

#### Amerika.

Zum Fleischstandal. Nach längeren Verhandlungen haben der Senat und das Abgeordnetenhause das Gesetz gegen die Nahrungsmittelverfälschung angenommen. Da es gerade die Hauswirtschaft der Trübsaligen und die guten Freunde der blühenderen Fleischfabrikanten von Chicago sind, die über die Weisheit in beiden Häusern verfallen, so ist es klar, daß man mit der eiligen Abstimmung des völlig unzulänglichen und harmlosen Gesetzes nur eine Beruhigung der öffentlichen Meinung bezweckt. Im übrigen schiebt das Gesetz die Kosten der Inspektion auf die Regierung und bewirkt die Notierung der Etiketten auf Fleischkonserven. Es ist daher kein Wunder, daß die Presse den Ausgang dieser gesetzgeberischen Kampagne als einen großen Sieg des Fleischtruffs feiert. So läßt sich beispielsweise der Berliner „Tag“ aus Newyork berichten: „Der Fleischtruff hat seinen Kampf in der Fleischbeschauvorlage gewonnen, denn der Senat war gezwungen, die vom Repräsentantenhause befürwortete Vorlage anzunehmen, welche die Kosten der Inspektion auf die Regierung schiebt und die Datierung der Etiketten auf Fleischkonserven bewirkt. Ein halbes Duzend Konferenzen fanden zwischen den Komitees der beiden Häuser statt, doch bestand das Komitee des Repräsentantenhause auf seiner Vorlage, und da nur diese einer Vertagung des Kongresses im Wege stand, so gab der Senat nach, und Präsident Roosevelt wird die Vorlage unterzeichnen. Die schreckliche Hitze in Washington half dem Fleischtruff, denn alles flüchtet vor ihr aus der Bundeshauptstadt, und auch Präsident Roosevelt wird aus Washington abreisen.“

Es dümmert jetzt auch unter der amerikanischen Arbeiterschaft. Bisher befolgten sie das englische Beispiel und folgten denjenigen bürgerlichen Kandidaten, die ihnen am meisten versprochen. Nunmehr aber scheinen die Mahnungen unserer Parteifreunde, sich doch endlich einmal auf eigene Füße zu stellen, von Erfolg gekrönt zu sein. Die bitteren Erfahrungen, welche die amerikanischen Arbeiter mit dem Vertreter der beiden großen Parteien gemacht haben, bringt sie allmählich zu anderer Auffassung. Insbesondere aber hat der Ausgang der letzten englischen Wahlen dazu beigetragen, einen Umschwung der Meinungen innerhalb der amerikanischen Arbeiter herbeizuführen. Von den englischen Gewerkschaften haben die amerikanischen ihre Methoden entlehnt, und sie müssen nun sehen, wie ihre Vorbilder mit dem alten Kampfmittel brechen und sich nach neuen umsehen. Allerdings macht sich der Umschwung in Amerika noch in einer ziemlich rückständigen Weise geltend, der Weg bis zum Sozialismus finden sie noch nicht. Von den Gewerkschaftsorganen wird nur die Parole ausgegeben, ohne Rücksicht auf den Parteistandpunkt der Kandidaten nur solche „Egliche Amerikaner“ auszusuchen, welche „keine plutokratische Kette am Hals tragen“. Und nun werden überall Farmer, Handwerker, Arbeiter aufgestellt, um den Abolaten im Kongress und in den Legislaturen entgegenzutreten. Natürlich werden die Arbeiter auch mit diesen ihren neuen Freunden sehr viele schlechte Erfahrungen machen. Leute ohne bestimmte politische Grundsätze erliegen leicht der Korruption, die gerade in Amerika unter den mannigfaltigsten Formen an die Parlamente herantritt. Aber wie dem auch sei, es ist immerhin ein erster Schritt auf dem Wege zur Selbstständigkeit und unsere amerikanischen Sozialisten werden es an weiterer Aufklärungsarbeit nicht fehlen lassen.

#### China.

Vor neuen Wirren. Wie die „Daily Tribune“ aus Peking meldet, hat man in Sarawal einen großen chinesischen Geheimbund entdeckt, der den Zweck hatte, die chinesische Regierung zu stürzen. Dieses Ziel verfolgte der Bund mit unmenschlicher Grausamkeit. Wer es ablehnte, Mitglied des Bundes zu werden und Geldmittel für die geplante Erhebung zu liefern, büßte seinen Widerstand mit dem Leben. Zahlreiche Morbdaten wurden von den Mitgliedern des Bundes begangen.

#### Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 3. Juli.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zutritt von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die Sperre ist seitens des Transportarbeiterverbandes über die Fuhrbetriebe von G. Wigger, Nachswehr-Allee 5 und E. Ewers, Nachswehr-Allee 10, verhängt worden. Kein Kutscher darf dort in Arbeit treten.



# Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

## Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flusschiffer! Ueber den Betrieb von A. S. O. ist die Sperre verhängt.

Für die Prügelstrafe tritt am Sonntag der hiesige „General-Anzeiger“, das leider von zahlreichen Arbeitern noch immer unterstützte Blatt für Arbeitswilligenermittlung ein. Zwar sollen die Erwachten noch gnädiglich ohne Streifen vor dem Hintern davon kommen, aber den jugendlichen Sündern sind Prügel zugehakt, die nicht so bald verschmerzt und vergessen werden; also immer feste druff! Wir brauchen wohl nicht erst besonders darauf hinzuweisen, daß nach der Ansicht vieler einsichtiger Leute die Prügelstrafe verrohend, für den tätigen wie den leidenden Teil wirkt und das Ehrgefühl nicht vermehrt sondern geradezu ertötet. Diese Meinung teilen wir. Der „G.-A.“ würde in seiner Befürwortung der Prügelei jedenfalls auch Ausnahmen gern gestatten, denn beispielsweise würde er es doch wohl kaum für angemessen halten, wenn f. B. die Schüler des Katharineums, die das Hünengrab bei Waldhusen verwalteten, eine gehörige Tracht Prügel für ihre Tat bekommen hätten. Oder doch? U. A. u. g.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche am Montagabend im „Vereinshaus“ abgehalten wurde, beschäftigte sich zunächst mit der Abrechnung vom zweiten Quartal. Nach derselben belief sich die Einnahme auf 2995,82 Mk., die Ausgabe betrug 2765,04 Mk., mithin war eine Mehreinnahme von 230,78 Mk. zu verzeichnen. Der Kassenbestand war 4010,43 Mk. Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins beziffert sich auf 2064. An den Parteivorstand wurden 400 Mk. abgefordert. Gegen die Richtigkeit der Abrechnung wurden Einwendungen nicht erhoben. Sodann erhielt der Genosse Schneider das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: „Laienrichter.“ Der Referent setzte zunächst auseinander, daß der Begriff Recht von den verschiedensten Seiten verschieden aufgefaßt werde. Von seinem Standpunkt aus habe eigentlich ein jeder Recht. Redner ging dann weiter auf die Art der Gerichte ein. Während in der Zivilrechtsprechung nur gelehrte Richter tätig sind, werden zu den Strafsachen auch Laien, d. h. Nichtjuristen als Schöffen oder Geschworene herangezogen. Im allgemeinen wirkt der Einfluß der Laienrichter günstig auf die Rechtsprechung ein, da der Vorsitzende des Gerichts auch Rücksicht nehmen muß auf die Anschauungen jener Leute. Immerhin überwiegt in den Schöffengerichten der Einfluß des gelehrten Richters, der den Vorsitz führt. Anders ist es mit den Schwurgerichten. Hier haben einzig und allein die Geschworenen über die Schuldfrage zu befinden, während von den gelehrten Richtern nur das Strafmaß festgelegt wird. Natürlich werden auch die Geschworenen meistens bei ihrer Rechtsprechung von den Vorurteilen ihrer Klasse gefangen genommen sein. Trotzdem werden manche Urteile gesprochen, die auch das Volk versteht, so beispielsweise im Hudeburger Prozeß gegen den Kellner Meyer. Notwendig ist es, daß zu der Rechtsprechung auch Männer aus dem Volke im Verhältnis zu der Zahl des letzteren herangezogen werden, damit der einen Klasse das Gegengewicht der anderen Klasse angehängt wird. Die Ersetzung der Schwurgerichte durch große Schöffengerichte ist ungewünscht, weil dann der Einfluß der Justizbureaucratie überwiegen würde, während dieselbe im Interesse der Rechtsprechung möglichst beseitigt werden muß. (Beifälliger Beifall.) Im Verchiedenen lag zunächst ein Antrag des Vorstandes vor, am 29. Juli seitens des Vereins eine Festlichkeit zu feiern, und zwar soll dieselbe im „Vereinshaus“ stattfinden. Beschlossen wurde, am Sonntag den 22. Juli die Festlichkeit zu begehen, an welchem Tage auch die Wismarschen Gewerkschaften hier anwesend sein werden. Die Vorbereitungen wurden einem fängslebigen Komitee übertragen. Im Verchiedenen wurden mehrere Gegenstände interner Natur besprochen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Juni auf 678 (676), die der Besucher auf 734 (729). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 100 Personen. Auskünfte wurden erteilt 697 (715), darunter nach auswärts schriftlich 14 (14). Von den Besuchern waren organisiert 350 (360) Personen, und zwar gewerkschaftlich 232, politisch 18, gewerkschaftlich und politisch 100. Unter den verbleibenden 384 Nichtorganisierten befinden sich 89 Angehörige von Organisierten und 133 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 505 (549) männlich, 226 (171) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 658 (643); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 73 (77); Organisationen 3 (9). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 585 (574) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 34 (51), Oldenburg 63 (60), Mecklenburg 16 (14), Preußen 34 (26) und sonstige 2 (3). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 189 (181), Arbeits- und Dienstvertrag 91 (112), bürgerliches Recht 289 (345), Strafrecht 61 (58), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 35 (66), Arbeiterbewegung 4 (9), Privatversicherung 5 (7), Handels- und Gewerbetätigkeiten 6 (12), Verchiedenes 25 (25). Von den Auskünften machten 100 (120) die Anfertigung von 108 (136) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 21 (23) sonstige Briefe und Postkarten. Eingingen 118 (129) Postsendungen. Der 14. Juni zeigte mit 57 (56) die höchste, der 20. Juni mit 7 (6) die niedrigste Besucherzahl.

Der Wille des Staatsanwalts ist erfüllt! Am 11. Mai hatte sich das hiesige Schöffengericht mit einer Sache zu befassen, die in einem gewissen Zusammenhang mit dem Streik der Holzarbeiter stand. Ein Streitender sollte nämlich zwei Arbeitswillige bedroht und „gedrängt“ haben. Der Fall lag folgendermaßen: Der Maschinenarbeiter K-p war mit mehreren Kollegen als Streikposten bei der Möbelfabrik von Ginge u. Stech aufgestellt. Als am Abend des 17. April die Arbeitswilligen K. und St. die Fabrik verließen, schlossen sich ihnen K-p und mehrere Kollegen an. Unterwegs fragte K-p die Arbeitswilligen, weshalb sie bei Stech tätig seien, sie wären doch recht miserable Kerle; als darauf keine Antwort erfolgte, hat K-p sich nach seinen Kollegen gewandt und gesagt: „Denen ist wohl das Maul zugefroren.“ Nach Bekundung des einen Arbeitswilligen soll K-p noch hinzugefügt haben, „man muß Euch wohl das Maul aufmachen“, doch wird das von letzterem bestritten. Weiter soll er, nachdem sich die beiden Arbeitswilligen getrennt hatten, dem K. gegenüber geäußert haben: „Wenn wir Dich einmal treffen, wo es dunkel ist, werden wir Dich schon kaufen.“

Diese Worte gesagt zu haben, bestreitet K-p ebenfalls. Die als Zeugen vernommenen Arbeitswilligen bekundeten selbst, daß sie sich nicht bedroht gefühlt haben; nur St. hat seine Beschäftigung bei Stech aufgegeben, um etwaigen weiteren Belästigungen aus dem Wege zu gehen. Der Vertreter der Anklage, Referendar Dr. Meyer, hielt eine „exemplarische Strafe“ für angemessen und beantragte die Kleinigkeit von sechs Monaten Gefängnis. Das Gericht kam jedoch nur zu einer Verurteilung des Angeklagten K-p wegen seiner Verleumdung: „Wenn wir Dich einmal treffen, wo es dunkel ist usw.“ und zwar lautete die Strafe auf drei Wochen Gefängnis. Gegen dieses Urteil, das auch in Anbetracht des Umstandes, daß sich nicht einmal die Arbeitswilligen durch die Verleumdungen des K. bedroht fühlten, recht scharf zu nennen war, hatte die Staatsanwaltschaft, die doch eine „exemplarische Strafe“ wünschte, Berufung eingelegt. Am Sonnabend kam die Sache nun vor der Strafkammer zur Verhandlung und diese erhöhte die Strafe denn auch auf drei Monate. Zweifellos ist der Staatsanwalt mit seinem Erfolg sehr zufrieden; wir haben aber Grund zu der Annahme, daß durch dies harte Urteil das Vertrauen des Volkes zu der bürgerlichen Rechtsprechung nicht gerade vermehrt worden ist; im Gegenteil!

Verunglückt ist gestern nachmittag ein Malermeister, der mit Renovierungsarbeiten in der zweiten St. Lorenzstraße, Moisklinger Allee, beschäftigt war. Der Verunglückte fiel vom Gerüst und zog sich eine Kopfverletzung zu. Ein Verbandskasten war an der Unglücksstelle nicht vorhanden. Dr. Wichmann leistete die erste Hilfe. — Wie uns mitgeteilt wird, sind an der Schule eine ganze Anzahl Meister und eine dementsprechende Garnitur Lehrlinge beschäftigt. Da darf man sich jedenfalls auf einen meiterhaften Antritt gefaßt machen.

Wodurch die Grundlagen der Republik Hamburg ins Wanken geraten. Am 10., 11. und 12. Januar d. J. fanden in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs Frauenversammlungen statt, deren Tagesordnung lautete: „Der deutschen Arbeiterin Weihnachtsgeschenk.“ In diesen Versammlungen soll die Referentin, Genossin Luise Biez, bei Förderung der Flotten- und Reichssteuererlagen und der damals beabsichtigten Wahlrechtsverschlechterung in Hamburg in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt haben, weshalb sie sich aus den §§ 111, 115, 116 und 130 des Strafgesetzbuches strafbar gemacht haben soll. Nebenbei aber scheinen diese Versammlungen und die Reden, so behauptet die Anklagebehörde, den Zweck der Verherrlichung der russischen Revolution gehabt zu haben, denn in allen drei Versammlungen wurden zugunsten der russischen Revolutionäre Gelder gesammelt, und die Rednerin schilderte und preis ausföhrlich die Taten derselben und forderte besonders die Frauen auf, wie in Rußland an dem Kampfe der Männer um die politischen Rechte teilzunehmen. Sie stellte die russischen Frauen als Vorbilder für ihre Zuhörerinnen dar. Der „aufreizende“ Charakter der Reden soll in mehreren Stellen enthalten sein. Genossin Biez soll fortgesetzt auf Rußland eremphasiert und zur „Nachahmung“ empfohlen haben, wofür mehrere Stellen angeführt werden. Die Verhandlung fand vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg statt. Die Grundlage für die Erhebung der Anklage bilden die Stenogramme der überwachenden Polizeibeamten. Die Angeklagte berichtigte viele Stellen der Stenogramme, die hauptsächlich nur aus dem Zusammenhang gerissene Redewendungen, sogenannte „Kraftstellen“, enthielten. Der eine Beamte schilderte Genossin Biez als eine sehr aufreizend wirkende Rednerin, die in äußerst gehässiger Weise ihre Gedanken in Worte kleide. Man habe so das Gefühl, als wenn jeden Augenblick das Wort: „Los auf die Beamten!“ fallen werde. Nach der den überwachenden Wachtmeistern erteilten Instruktion dürfe nur in außerordentlichen Fällen zur Versammlungsausslösung geschritten werden, wenn Aufforderungen zu Ungehörlichkeiten, Zusammenrottungen usw. erfolgen. Die Angeklagte soll bezüglich des Wahlrechtsraubes in Hamburg gesagt haben: „Ja, ich sage, wenn jemand aufreize zum Klassenhaß, dann müssen unsere Hamburger Wahlrechtsräuber es sein. Niemand hat das Volk mehr aufgereizt wie diese, und dagegen müssen wir den Kampf aufnehmen mit allen Mitteln. Wir wollen nicht bloß zum Protest zusammenkommen, sondern wir wollen zu einem unausgesetzten Kampf uns zusammenschließen in unseren Organisationen.“ Am nächsten Mittwoch (17. Januar) kommt die Wahlrechtsvorlage bereits in der Bürgerschaft zur Verhandlung. An Euch Männer brauche ich keine Mahnung zu richten; Ihr wißt, was Ihr zu tun habt. Aber an Euch Frauen werde ich den Aufruf richten und hoffe, daß Ihr dafür sorgen werdet, daß den Herren Wahlrechtsräubern ein Tanz aufgepielt wird, den sie nicht vergessen werden.“ — Genossin Biez bemerkte u. a., daß von einer direkten oder indirekten Aufforderung zu Gewalttätigkeiten keine Rede sein könne, denn die Mittel der Sozialdemokratie seien Agitation und Organisation. Die Arbeiterschaft wisse ganz genau, daß nur durch die Entwicklung der ganzen Verhältnisse, durch die wachsende Erkenntnis und durch die Gewinnung der Massen die Ziele der Sozialdemokratie verwirklicht werden könnten. Wenn wir von Waffen und Kampf sprechen, so sei das nur bildlich gemeint; jeder sozialdemokratische Arbeiter wisse, daß damit keine mechanischen Gewaltmittel gemeint seien, sondern daß der Kampf mit geistigen Mitteln geführt werden solle. Andere Beamte erklärten, nur die „Kraft-Momente“ stenographiert zu haben, da kein Stenograph eine 1/4stündige Rede wortgetreu niederschreiben könne. Der Verteidiger, Dr. Herz Altona, konstatierte wiederholt, daß gerade die sogenannten „abschwächenden Momente“ nicht zu Papier gekommen seien. Aus dem Zusammenhang herausgerissene Stellen könnten nimmer den Gesamteindruck der Rede wiedergeben. Der Staatsanwalt beantragte nach heftigen Ausfällen gegen die Genossin eine Strafe von 6 Monaten Gefängnis. — Das Urteil gegen die Genossin Biez, welches am Montag verkündet wurde, lautete selbstamerweise wegen Aufreizung zum Klassenhaß in drei Fällen auf drei Monate Gefängnis. Der Verteidiger Dr. Herz Altona stellte Montag neue Beweisanträge. Er beantragt mit Rücksicht auf die Ausführungen des Staatsanwaltes Landgerichtsdirektor Dr. Ewald, der den Vorsitz in dem Schoppenstehlprozeß vor dem Schwurgericht geführt hat, als Zeugen darüber zu vernehmen, ob ein Zusammenhang zwischen der sozialdemokratischen Parteileitung und den Schoppenstehlkrawallen in dem Prozeß festgestellt worden sei; ferner Prof. Sombart als Sachverständigen darüber zu hören, ob die äußere Gewalt in Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Partei als Mittel zur Erhebung der politischen Macht, oder als reaktionärer Faktor angesehen wird. Der Gerichtshof lehnte die Anträge des Verteidigers ab, sprach Frau Biez von der Anklage wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen frei und verurteilte sie, wie oben erwähnt. In der Begründung

des Urteils heißt es, die Angeklagte habe bei Besprechung der Flotten-, Steuer- und Wahlrechtsvorlage die Dinge nicht objektiv erörtert, sondern nur die Schattenseiten hervorgehoben, denen doch auch viel Lichtseiten gegenüberstünden. Die Angeklagte habe nur Schwarz in Schwarz gemalt; nach ihrer Ansicht liege in Deutschland alles auf das traurigste. Alle Laien würden dem Volke auferlegt, für dieses gebe es keine Freude, keine Genüsse. Die Kinder des Volkes würden mißhandelt und misantert. Wenn solche Reden fortgesetzt urteillosen Leuten gehalten würden, wenn ihnen immer nur gesagt werde: „Ihr seid die Unterdrückten und Ausgebeuteten“, dann werde dadurch der Reiz zu Gewalttätigkeiten gelegt, da die Leute zu der Ansicht gebracht würden, daß nur die Anwendung von Gewalt zum Ziele führe. Ein solches Vorgehen löse den öffentlichen Frieden. — Wahr bleibt es trotzdem, daß die Arbeiter die Unterdrückten und Ausgebeuteten sind, wenn auch alle Richter der Welt — die nicht zu den Unterdrückten gehören — die Behauptung dieser Tatsache unter Strafe stellen. Auch die Gerichte sind ein wichtiger Bestandteil des Klassenstaates!

Wilhelm-Theater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Für Mittwoch hat die Direktion Sudermanns bekanntestes Schauspiel „Die Ehre“ angelegt, das sicher auch hier wie überall stets gern gesehen wird. — Donnerstag wird zum sechsten Male „Eine Hochzeit“ wiederholt, während Freitag „Derzogin Crevette“ erstmalig in Szene geht.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Pflasterarbeiten wird die Böttcherstraße von Montag ab auf die Dauer von etwa 8 Tagen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. — Wegen vorzunehmender Pflasterarbeiten wird die Straße Schüsselhuben vor dem Postneubau vom 4. bis 7. Juli d. J. für den Fuhrwerksverkehr und die obere Braunschtrage bis zu zwei Tagen innerhalb der vorgedachten Zeit für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Handelsregister. Am 2. Juli 1906 ist bei der Firma Theodor Lüders u. Söhne in Lübeck eingetragen: Der Kaufmann S. Legtmeyer in Lübeck ist in das Handelsregister als persönlich haftender Gesellschafter eingetretten. Die nunmehr aus dem Kaufmann S. Lüders jun. und S. Legtmeyer bestehende offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juli 1906 begonnen und wird unter unveränderter Firma fortgeführt.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Juni 1906 sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgeholt worden: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, 1 silb. Kettensring mit Anhänger, 1 Kettensring mit Stein, 1 Herrenuhr mit Kette, 1 Damenuhr, 2 Korallenketten, mehrere Schirme und Stöcke, 2 Radfahrketten, 1 goldene Brosche, 1 Reisebude, 1 Messer, 1 schwarze Handtasche, 2 Kopfteilmatrassen, 2 Damengürtel, 1 Taube und mehrere Paar Handschuhe.

Pferdemarkt. Am Donnerstag den 12. Juli ds. J. wird der zweite diesjährige Pferdemarkt auf dem an der Fadenburger Allee nordwestlich von der Kaserne in der Vorstadt St. Lorenz belegenen Plage abgehalten werden. Pferde, die mit dem Rog, der Strähe oder mit anderen ansteckenden Krankheiten behaftet sind, dürfen nicht an den Markt gebracht werden.

Arg zugerichtet. Am Sonnabend abend wurde ein hiesiger Arbeiter mit mehreren Verletzungen, von Messerschlägen herrührend, auf der Drehbrücke hilflos an der Erde liegend aufgefunden. Als Täter wurde ein hiesiger Arbeiter ermittelt und festgenommen.

Der Anfall entwichen. Ein aus der Irren-Anstalt Sachsenberg entwichener Kranker wurde in einer hiesigen Herberge angetroffen und der erwähnten Anstalt wieder zugeführt.

Hausfriedensbruch. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurden drei hiesige Arbeiter festgenommen, welche in einem Tanzlokale der Fadenburger Allee sich des Hausfriedensbruchs bezw. Körperverletzung schuldig gemacht hatten. Der eine der Festgenommenen wird sich auch noch wegen versuchter Gefangenensbefreiung zu verantworten haben.

Hamburg. Die Dachdecker-Gesellen Hamburg-Altona sind in den Streik getreten. Die Forderung lautet 80 Pf. Stundenlohn, Ueberstunden 15 Pf. Zuschlag, Sonntagsarbeit 1,20 Mk. pro Stunde, Turm- und Fahrstuhlarbeit 10 Pf. Zuschlag. Die Situation ist eine sehr gute. 35 Kollegen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen. 24 Kollegen haben sich in die Streikliste eintragen lassen. Weitere Bewilligungen stehen bevor. Wir eruchen, vorläufig den Zuzug nach Hamburg fernzuhalten.

## Seitige Nachrichten.

Soldin. Fünf Beeren sammelnde Frauen aus Berlinchen (Kreis Soldin) flüchteten bei einem Gewitter in eine dicke Baumgruppe. Der Blitz schlug ein und tötete zwei Schwestern. Eine Frau wurde schwer verletzt und zwei leichter.

Hannover. Nach der bis gestern vorliegenden Meldung sind während des letzten Unwetters in der Provinz Hannover 16 Personen vom Blitz erschlagen worden.

Sameln. Der Musketier Albert von der vierten Kompanie Infanterieregiments Nr. 164, der sich seit dem 28. Juni von seinem Truppenteil entfernt hat, ist gestern morgen als Leiche bei den Wehrbergen aus der Weiser gezogen worden. Was hat wohl den jungen Mann in den Tod getrieben?

Essen a. d. R. Im benachbarten Coterberg erschoss der Arbeiter Kotrecht aus Eiferucht seine Geliebte Emma Ledz und feuerte dann eine Kugel auf sich selbst ab, die ihn jedoch nur leicht verletzte. — In Tagen wurde auf dem Bahnhof die Frau eines Bauunternehmers, die ihren 13jährigen Sohn, der auf das Geleise geraten war, retten wollte, samt ihrem Sohn vom Schnellzug Frankfurt-Siegen erfasst und sofort getötet.

Duisburg. In der Aktiengesellschaft der Teerverwertung in Duisburg-Meiderich explodierte am Sonnabend ein Kessel, wodurch 6 Personen in die Luft geschleudert wurden. Der Installateur war sofort tot, zwei andere Arbeiter wurden schwer, drei leicht verletzt. Das Unglück ereignete sich im Wasserturm der Fabrik.

Hürzburg. Die von ihrem Gemann getrennt lebende Tagelöhnersfrau Hofmann wurde erdrückt in ihrer Wohnung in Forchheim aufgefunden. Als der Tatverdächtige wurde der Gendarm Scherlet verhaftet.

Hofohama. In der Nähe von Sasebo kollidierten die japanischen Dampfer „Sinobemaru“ und „Nishinamaru“, der erstere ist gesunken, der letztere wurde nur wenig beschädigt. Von der Besatzung und den Passagieren des „Sinobemaru“ werden 27 vermißt; die übrigen sind gerettet.



**Todes-Anzeige.**

Am 1. Juli, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, entschlief  
nach langem Leiden mein lieber Mann,  
an der guten Vater, der Mühlensteinarbeiter  
**Heinrich Lange**  
im 64. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an  
die Hinterbliebenen.  
**Marie Lange**  
geb. Neumann.  
**Rudolf Lange.**  
**Ellsabeth Lange.**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den  
4. Juli, vormittags 11<sup>1/4</sup> Uhr, von der Leichenhalle  
des Allgemeinen Friedhofes aus statt.

**Leeres Zimmer zu vermieten.**  
Georgstraße 28a.

**Ein freundliches Zimmer**

nach vorne zu vermieten  
Georgstr. 23, II  
Eine Wohnung von 3 Zimmern, gr. bet. b.  
Borplatz, zum 1. August od. später zu vermieten.  
Preis 300 Mk.  
Eine Wohnung von 3 Zimmern zum 1. Oktbr.  
zu vermieten, Preis 220 Mk.  
Näheres Karpenstraße 26.

Zu vermieten zum 1. Oktober die  
**2. Etage, 3 Zimmer mit Bad**  
Rohlforsstraße 3

Zum 1. Oktober die **3. abgetheilt. Etage,**  
2 Zimmer und Bad, Preis 190 Mk., einzelne  
Beute Schwarzenauer Allee 63

Zu vermieten  
**die zweite Etage Peterstraße 10.**  
Näheres Barterre.

**3. 1. Okt. e. Wohn. Steineraderweg**  
Näh. Weißhofsstraße 9, II.

**Eine 2 Stubenwohn. m. Bad**  
zum 1. Oktober zu vermieten  
Friedenstraße 3.

Gesucht zum 1. Oktober von jungen Leuten  
mit einem Kind eine kleine Wohnung im Preise  
von 120—160 Mk. Offert. unter O. G. an die  
Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Oktober von einzelner Frau  
ein leeres Zimmer vorm Hofentor.  
Off. m. Preisang. u. P. S. an die Exp. d. Bl.

**Gesucht mehrere junge Leute  
als Hausdiener in Restaurants.**  
Kostenloser Arbeitsnachweis  
des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen  
(Ortsverwaltung Lübeck)

**Gesucht zu sofort eine Plätterin**  
zum Feinzeug-Wätten. Näheres  
An der Mauer 82.

**Güterh. Puppenwagen zu kauf. gef.**  
Angeh. u. d. an die Exp. d. Bl.

Veränderungshalber billig zu verkaufen: Ein  
Kleiderschrank, 11 Tisch, rote Plüschgar-  
nituren, Salontisch, 2 kompl. Federbetten,  
11 Duffel, Gas-Sängelampe, Feischwinger,  
Spiegel, Vertikow  
Breitestraße 95, II., links.

Ein Mouspol-Affordconettes (Ziehhar-  
monika) billig zu verkaufen (Neuwert 54 Mk.)  
Chaisstraße 6, III.

**Fünf Monat alte Zerkel**  
gut gezeichnet, hat zu verkaufen  
Otto Nickel, Radenburg 97.

**Ein Sob Ferkel ist abzugeben**  
Josephinenstraße 7.

**Bugelauten ein kleiner Zerkel**  
Abzugeben Schützenstraße 49a, II.

Gesunden ein Portemonnaie m. Inhalt  
von Casanpalt II bis Bahnübergang Semmerstr.  
Abholen Semmerstraße 106.

Wer ganz alte Möbel besitzt, als Spränke,  
Stühle usw. werde ich an  
G. Walter, Bahnhofsstraße  
Handlung von Uhrmachern.

**Atelier für Zahntechnik  
und Zahnpflege.**  
H. Schreiber, Breiten 24

**Odra Butter**  
Ludw. Hartwig.  
Sie erhalten Infrecu-Warfen.

**Die Rechte u. Pflichten  
des Mieters.**  
Von Richard Lipinski.  
20. Auflage Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co  
Friedrichstraße 50.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen:  
Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwig.  
Berleger: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Samliche in Lübeck.

Im  
**Saison-Ausverkauf**  
**Louis Levy**

Klingenberg 5 Ecke Marlesgrube 2 und 4  
empfehle als besonders preiswürdig:

Grosse Posten **Jackett-Anzüge** in schwarz, blau u. dunkel  
gemusterten Stoffen, sonst 12.50, 18.—, 24.—, 36.— Mk.,  
jetzt 8.50, 12.00, 15 und 21 Mk.

Grosser Posten **Sommer-Paletots** in hell und dunkel,  
um gänzlich damit zu räumen, weit unter Einkaufspreis,  
sonst 12, 16.50, 21, 26 Mk., jetzt 5, 8.50, 12 bis 15 Mk.

Grosse Posten **Buckskinhosen** in dunklen u. hell. Stoffen  
jetzt 2.00, 3.50, 4.35 Mk.

Grosse Posten **Knaben-Anzüge** in allen Gröss. in Jack-  
und Blusenform jetzt 2.60, 3.50, 4.75, 6.00 Mk.

Grosse Posten **Sommer-, Wasch- und Codenjoppen**  
für Herren jetzt 1.25, 2.00, 3.50, 4.50 Mk.

Grosse Posten **Wasch-Blusen und Anzüge** in wasch-  
echten Stoffen jetzt 1.10, 2.00, 3.25 Mk.

Gr. Post. **Regatta-Mützen** in blau mit rot. Futt. jetzt 1.15.

Trotz dieser enorm billigen Preise  
**rote Rabattmarken.**

Gr. Posten **Sport-Vorhänden** zum Ausschuchen jetzt 35 Pf.

Gr. Posten **helle Knaben-Mützen** jetzt 40 Pf.

Gr. Posten **Hosenträger**, sonst 1—1.30 Mk., jetzt 65 Pf.

Gr. Posten **Krawatten** zum Ausschuchen Stck. 35 Pfg.

Beachten Sie meine Schaufenster!

**Preußische Lose**  
Ziehung 1. Klasse 9. und 10. Juli  
zu M. 4, M. 5, M. 10, M. 20, M. 40,  
sind bei mir zu haben.  
Lübeck, Johannisstr. 10. Teleph. 58. **Falek,**  
Kgl. Lotterie-Einnehmer.

Im  
**Saison-Ausverkauf**

empfehle als hervorragend preiswürdig:

Lastingschuhe f. Damen	jetzt 90 Pfg.	Herr.-Lastingschuhe	jetzt 3.75 Mk.
Damen-Hauschuhe	jetzt 65 Pfg.	Herren-Schnürstiefel	jetzt 4.75 Mk.
Farbige Damen-Knopf- und Schnürstiefel	jetzt 400 Mk.	Herren-Zugstiefel	jetzt 4.50 Mk.
Graue Schnürstiefel	jetzt 325 Mk.	Herren-Schnürschuhe	jetzt 3.75 Mk.
Schw. Spargensch.	jetzt 200 Mk.	Herr.-Boxe.-Schnürst.	jetzt 8.50 Mk.
Segeltuchsch 36—42	jetzt 150 Mk.	Herren-Zugschuhe	jetzt 1.80 Mk.
Kinder-Schnürschuhe	jetzt 55 Pfg.	Kd.-Kpf.-u. Schnürsch.	jetzt 2.50 Mk.
Kind-Knopfst. 18—22	jetzt 135 Mk.	Kind.-Segeltuchsch.	jetzt von 1.10 an.
		Kinder-Boxcalfstief.	22—26 2.50 Mk.

**Gebe rote Rabattmarken**  
trotz der kolossal billigen Preise.  
**Alle farbig. Schuhwaren hervorragend billig!**  
Marlesgrube 2 u. 4  
und  
Ecke Klingenberg. 5 **Louis Levy.**

Hierdurch die Mitteilung, daß ich mit dem  
heutigen Tage  
die Krämerei von Hrn. J. Wulf  
übernommen habe  
und bitte freundlichst um Zuspruch.  
**Frieda Appelbaum, Fuchtingstr. 26**  
Angefunden beim Auszug des Gejangvereins  
„Eintracht“ in Hagenberg ein Regenschirm.  
Abholen Bahnhofsstraße 85, II.

**Geschäfts-Gröpfung.**  
Die ergebene Anzeige, daß ich am heutigen  
Tage  
Feldstraße Nr. 2  
eine Kolonial-, Fettwaren-, Flaschen-  
bier-, Tabak- und Zigarrenhandlung  
eröffnet habe. Mit der Bitte, mein junges Unter-  
nehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne ich  
achtungsvoll **H. David.**  
**Feuerversicherung** schließt ab  
unter günstigen  
Bedingungen A. Besmann, Friedensstr. 47.

**Achtung Maurer!**

**Mitglieder-  
Versammlung**  
am Mittwoch den 4. Juli  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
Bericht der Lokalkommission.  
Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
NB Alle Baubelegierte müssen erscheinen.

**Deutscher  
Metallarbeiterverband**  
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

**Der Sammlung  
der weiblichen Mitglieder**  
am Mittwoch den 4. ds. Mts.  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Frau Dr. Schlomer.  
2. Wahl einer Schriftführerin.  
3. Besprechung betreffs eines Anstufes  
4. Verschiedenes.  
Zahlreichem Besuch der Kolleginnen steht ent-  
gegen  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Fleischer  
und Berufsgenossen Deutschlands.**  
(Bücherei Lübeck)

**Mitglieder-  
Versammlung**  
am Mittwoch den 4. Juli  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.  
Tagesordnung wird in der Versammlung be-  
kannt gemacht.  
Der Vorstand.

**Gefangverein der Zimmerer.**  
**Quartals-Versammlung**  
am Mittwoch den 4. Juli 1906  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
bei Joh. Mohr, Hundestraße 101.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal.  
2. Sommerfest.  
3. Vereinsangelegenheit.  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband  
der Schuhmacher Deutschlands.**  
(Bücherei Lübeck.)

**Mitglieder-  
Versammlung**  
am Dienstag den 3. Juli  
abends 9 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
Berichterstattung von der General-Vere-  
sammlung in Nürnberg.  
Die Ortsverwaltung.

**Gefangverein  
„Eintracht“**

**General-Versammlung**  
am Mittwoch den 11. Juli  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1906.  
2. Bogelschießen.  
3. Innere Vereinsangelegenheit.  
Der Vorstand.

**Wilhelm-Theater.**  
Mittwoch den 4. Juli. 8 Uhr.  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten von Sudermann.  
Donnerstag: Zum 6. Male:  
**Eine Hochzeitsnacht.**  
Vorverkauf bei F. W. Raibel, Otto  
Borchert, Breitenstr. u. Drefalt, Sandstr.  
Dahendbilletts sind a. d. Theaterkasse zu haben.  
Ab 9 Uhr Schnittbilletts.



## Die deutschen Arbeiterssekretariate im Jahre 1905.

I.

Das die von der organisierten Arbeiterschaft errichteten Institute für Auskunfterteilung und Unterhaltung von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung geworden sind, wird, wenn es eines Beweises bedarf, durch die Frequenz der bestehenden Institute andauernd bestätigt und daß aus allen Industriekreisen und Berufen, in denen Sekretariate noch nicht bestehen, immer dringender der Ruf nach Errichtung solcher Institute erschallt. Aber auch die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften der Errichtung von Arbeiterssekretariaten und Auskunfterteilungen ihre Aufmerksamkeit in hohem Maße zuwenden, sowie auch die hiesigen und kommunalen Kreise der Errichtung solcher Institute das Wort reden, sind Beweise dafür, daß auf diesem Gebiet die deutschen Gewerkschaften beträchtliche Fortschritte und immer dringender sich bemerkbar machenden Bedürfnisse nach Möglichkeit abzuhelfen suchen.

Die Erkenntnis für die Notwendigkeit der Arbeiterssekretariate und deren erfolgreiches Wirken in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft zu erwecken, war die Aufgabe, die sich die Generalkommission angelegen sein ließ und seit 1901 mit gutem Erfolg mittels der statistischen Erhebungen und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse durchführte.

Im Jahre 1905 sind 67 Sekretariate und 111 Auskunfterteilungen errichtet, so daß die Verichte von 178 sich mit Rücksicht auf die Auskunfterteilungen der Bearbeitung zugrunde lagen. Von den Ende 1905 bestehenden Sekretariaten ist nur das Würzburger an der Statistik nicht beteiligt.

Nach den Verichten der Gewerkschaftskassen werden von denselben 55 Arbeiterssekretariate unterhalten resp. mit Geldmitteln unterstützt. Drei Sekretariate unterhält, wie sich aus den Verichten ergibt, der Bergarbeiterverband und zwei werden von der Generalkommission unterhalten, während die übrigen fünf teils von den Gewerkschaften oder Mitwirkung der Kartelle und teils von Kartellorganisationen und Redaktionen unterhalten werden. Von den 67 Sekretariaten üben 25 ihre Tätigkeit auf einem größeren Gebiet, sogar einige auf ganze Länder aus. So erstreckt sich das Tätigkeitsgebiet des Moskauer Sekretariats auf die Reichweite aus. Daraus ergibt sich, daß nicht nur die Arbeiter in den 178 mit Sekretariaten und Auskunfterteilungen begünstigten Orten die Vorteile der Tätigkeit dieser Institute genießen, sondern daß die Bevölkerung einer weit größeren Zahl von Orten des inneren und äußeren Reiches auf solche Weise mit den durch die organisierte Arbeiterschaft angebrachten Mitteln in unterhaltener Weise versorgt wird.

Über die Einrichtungen und Kostenverhältnisse der Sekretariate im Jahre 1905 enthält die Statistik folgende Angaben. Danach werden 28 Sekretariate direkt von den Gewerkschaftskassen verwaltet, während für 36 Sekretariate eine besondere Verwaltungskommission eingesetzt ist, und drei Sekretariate vom Vorstand der Bergarbeiterverbände verwaltet werden. 20 Sekretariate stellen Mitarbeiter nur an Organisierte und Organisationsfähige ein, während für 47 Sekretariate ausnahmslos an jedermann Auskunft erteilt. Darüber, ob es zweckmäßig ist, an Unorganisierte Auskunft zu erteilen, sind die Meinungen geteilt. Es ist nicht zu verkennen, daß den Arbeiterssekretariaten ein bedeutender organisatorischer Wert insofern und alle die Sekretariate, welche nicht ausschließlich zum Zwecke der Auskunfterteilung, Beschwerdebearbeitung und der Vertretung ihrer Klienten errichtet sind, werden können, darauf verzichten können, auch den Unorganisierten ihre Hilfe angebotener zu lassen. Es haben allerdings verschiedene Sekretariate mit der Auskunfterteilung an Unorganisierte auch wertvolle Erfahrungen gemacht und damit durchaus nicht die erwünschten Erfolge erzielt. Es gibt leider viele Indifferente, die sich nicht scheuen, die Hilfe der Sekretariate zwar in Anspruch zu nehmen, ohne sich ein Gewissen daraus zu machen, daß die Kosten zur Unterhaltung des Instituts durch Organisationen aufgebracht werden, deren sie grundsätzlich nicht angehören wollen. Mit solchen Elementen wird man stets zu rechnen haben und einige Sekretariate suchen sich vor der Überlastung durch diese Art von Klienten, die sich von Unorganisierten für die Auskunfterteilung Gebühren erheben, während an Organisierte und deren Angehörige, sowie Organisationsfähige Auskunft unentgeltlich erteilt wird. Dieser Weg ist aber nicht allerorts gangbar, vielmehr wird man bei dieser Frage stets die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen haben.

Zu den Aufgaben, welche sich die Arbeiterssekretariate gestellt haben, gehört außer der Auskunfterteilung in erster Linie die Vertretung der Besonderen der Gewerkschaften. Nur zwei Sekretariate, das vom Bergarbeiterverband unterhaltene Sekretariat in Aachen und das vom Bergarbeiterverband in Jena haben die Besonderevertretung nicht in dem Bereich ihrer Tätigkeit gezogen. Die Vertretung ihrer Klienten vor den richterlichen Instanzen wird von 49 Sekretariaten ausgeübt. Da, wo die ganze Sekretariatsarbeit einem einzigen Beamten übertragen ist, der auch noch organisatorische Tätigkeiten ausübt, ist es häufig unmöglich, für solche Vertretungen Übernahmen zu lassen. Teilweise aber ist auch bei Sekretariaten die Ausübung dieser Tätigkeit unmöglich gemacht worden, daß sie ganz oder teilweise von anderen Personen übernommen werden. Mit rechtlichen Arbeiten befaßt sich 38 und mit Abhaltung von Versammlungen und sonstigen agitatorischen Arbeiten 35 Sekretariate. Die Gesamtkosten der Sekretariate, welche eine besondere Klasse führen, belaufen sich für das Jahr 1905 auf 162 064 M. Davon entfallen auf laufende Ausgaben der hiesigen Organisationsstellen 138 487 M. Rückkäufe der Gewerkschaften oder der Kartelle 3680 M., Rückkäufe von Kartellorganisationen, Redaktionen und Gewerkschaften 6707 M., sonstige Einzahlungen, Gebühren etc. 13 190 M. Vom Staat subventioniert wird nur das Sekretariat in Göttingen zu jährlich 2000 M. Aus Gewerkschaftsmitteln unterhält sich das Sekretariat von Wilhelmshaven, und zwar zahlen die Gemeinden dort 22 000 (Einwohner) jährlich 500 M., Poppers (16 000 Einwohner) 400 M., Mende (8500 Einwohner) 200 M.

Von 29 Sekretariaten werden Beiträge überhaupt nicht erhoben und von weiteren 6 Sekretariaten wird berichtet, daß die Einnahmen aus den Beiträgen in die Kasse der Gewerkschaftskassen fließen, aus der die Unterhaltungskosten des Sekretariats gedeckt werden. Dies insgesamt 35 Sekretariate können Angaben über Einnahmen nicht machen.

Über die Ausgaben liegen von 62 Sekretariaten Angaben vor. Diese 62 Sekretariate reformierten im Jahre 1905 eine Gesamtausgabe von 233 772 M. Davon sind besonders: für Gehälter und persönliche Entschädigungen 148 342 M., Bureaukosten 16 838 M., Verpflegung, Heizung und Reinigung 12 758 M., Bücher und Druckkosten 24 703 M., sonstige Ausgaben 31 105 M. Ausgaben über die Unterhaltungskosten des Sekretariats wurden nicht gemacht von Aachen, Dresden, Charlottenburg, Koblenz, Jena und Stuttgart.

Die laufenden Beiträge, welche pro Mitglied der an die Sekretariate angegliederten Gewerkschaften erhoben werden, schwanken zwischen 40 Pf. und 1 20 M. pro Mitglied und Jahr. In den Orten, wo besonders Beiträge für das Sekretariat nicht erhoben werden, sind die Beiträge, welche die Gewerkschaften in die Kartellkasse zu zahlen haben, entsprechend erhöht und werden hier alle dem Kartell angegliederten Gewerkschaften zur Unterhaltung des Sekretariats herangezogen, während da, wo die Kasse des Sekretariats von der des Kartells getrennt geführt wird, nur die Gewerkschaften zur Beitragsleistung für die Sekretariate herangezogen werden, welche ihren Anschluß an das Sekretariat erklärt haben. Überholt ist es an solchen Orten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften gekommen, weil eine oder mehrere größere Gewerkschaften, die in der Lage sind, besondere Beamte in dem Orte unterhalten zu können, auf die Anteilnahme an dem Sekretariat glauben verzichten zu müssen. Dadurch, daß gerade größere Gewerkschaften sich absetzen stellen und den kleineren und schwächeren die Unterhaltung des Sekretariats überlassen, werden letztere um so mehr belastet. Da sich die Beiträge von 10 Pf. pro Monat für die Unterhaltung eines Sekretariats nicht allzu hoch belaufen, so trägt ein solches Verhältnis zwar gerade dazu bei, das für die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaftskassen erforderliche gute Einvernehmen zwischen den Gewerkschaften eines Ortes zu fördern.

Die Frequenz der Sekretariate ergibt sich aus folgenden Zahlen: Insgesamt wurden die Sekretariate von 283 767 Auskunfterteilenden im Laufe des Jahres 1905 in Anspruch genommen. Von den Auskunfterteilenden hiesiger Gewerkschaften waren Arbeitnehmer und deren Angehörige 262 111, davon 40 921 in hiesigen Personen, 11 585 Auskunfterteilende waren selbständige Gewerkschaftsmitglieder und sonstige Personen und weitere 872 Auskunfterteilende waren Arbeiter, Beamte oder Rentner.

57 507 Auskunfterteilende, einschließlich der Beförden und Vereine, haben im letzten Jahre die Sekretariate mehr in Anspruch genommen als im Jahre 1904 und 116 404 mehr als im Jahre 1901.

Von den 283 767 Personen, welche im Jahre 1905 die Arbeiterssekretariate in Anspruch nahmen, waren 160 264 = 56 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Besucher der Sekretariate ist von Jahr zu Jahr gestiegen.

Über die Zahl der politisch organisierten Auskunfterteilenden liegen von 33 Sekretariaten und über die Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten nur von 23 Sekretariaten Angaben vor. Insgesamt waren von den Auskunfterteilenden 10 804 politisch und 9753 gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Die Gesamtzahl der Besuche und selbständigen Auskunfterteilungen betrug 323 548.

Partells getrennt geführt wird, nur die Gewerkschaften zur Beitragsleistung für die Sekretariate herangezogen werden, welche ihren Anschluß an das Sekretariat erklärt haben. Überholt ist es an solchen Orten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften gekommen, weil eine oder mehrere größere Gewerkschaften, die in der Lage sind, besondere Beamte in dem Orte unterhalten zu können, auf die Anteilnahme an dem Sekretariat glauben verzichten zu müssen. Dadurch, daß gerade größere Gewerkschaften sich absetzen stellen und den kleineren und schwächeren die Unterhaltung des Sekretariats überlassen, werden letztere um so mehr belastet. Da sich die Beiträge von 10 Pf. pro Monat für die Unterhaltung eines Sekretariats nicht allzu hoch belaufen, so trägt ein solches Verhältnis zwar gerade dazu bei, das für die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaftskassen erforderliche gute Einvernehmen zwischen den Gewerkschaften eines Ortes zu fördern.

Die Frequenz der Sekretariate ergibt sich aus folgenden Zahlen: Insgesamt wurden die Sekretariate von 283 767 Auskunfterteilenden im Laufe des Jahres 1905 in Anspruch genommen. Von den Auskunfterteilenden hiesiger Gewerkschaften waren Arbeitnehmer und deren Angehörige 262 111, davon 40 921 in hiesigen Personen, 11 585 Auskunfterteilende waren selbständige Gewerkschaftsmitglieder und sonstige Personen und weitere 872 Auskunfterteilende waren Arbeiter, Beamte oder Rentner.

Von den 283 767 Personen, welche im Jahre 1905 die Arbeiterssekretariate in Anspruch nahmen, waren 160 264 = 56 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Besucher der Sekretariate ist von Jahr zu Jahr gestiegen.

Über die Zahl der politisch organisierten Auskunfterteilenden liegen von 33 Sekretariaten und über die Zahl der gewerkschaftlich und politisch organisierten nur von 23 Sekretariaten Angaben vor. Insgesamt waren von den Auskunfterteilenden 10 804 politisch und 9753 gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Die Gesamtzahl der Besuche und selbständigen Auskunfterteilungen betrug 323 548.

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

## Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Frieda Thiele.

49 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Vielleicht hatte sie ganz zufällig ihren Blick so gewählt, daß meine Augen sich unwillkürlich nach ihr hinwenden mußten.“

„Aber Deine Blicke — sie blickten sich förmlich in sie hinein — eine Glut sprachte aus ihnen, wie aus der Mittagssonne, Alan.“

„Alan, was ist über sie, was ist mit einem besonders zärtlichen Blick an, schlang seinen Arm um ihre Taille und lächelte treuerzärtlich.“

„Närrchen, ich sollte Dir von rechtswegen recht böse sein.“ „Nüchtern er, wie von ihrem Lächeln überwältigt.“ „Du bist unerschrocken und grausam gegen mich.“ Doch ich kann nicht — ich liebe Dich zu sehr, zu tief, Katie — ich will Dir alles verzeihen! Wie konntest Du nur auf so lächerliche Gedanken geraten? Wie Dich und mich so quälen? Mein bisheriges Verhalten bürgt Dir doch dafür, daß ich einer Handlungsweise, wie Du sie mir unterstellst, unfähig bin. Habe ich mir so wenig Vertrauen erworben? Meine Blicke sollen sich in jemand hineinbohren haben? Davon weiß ich nichts, ich weiß, daß ich in Gefahr war, verzweifelt, hingestürzt von Deinen wirklich großartigen Offenbarungen! Denkst Du Dir meinen Euthydisiasmus so fahrig, so werde ich künftig alle Unbefangenheit verlieren, und nicht mehr wie bisher fähig sein, an unserer gemeinsamen Arbeit teilzunehmen.“

„Die ganze schwächliche Person begann schon wieder zu lächeln.“

„Und sprichst Du auch wahr, Alan?“

„Hier, meine Hand, Katie.“

„O, verzeih mir, mein Lieber treuer Gefährte, ich bin ein reizbares, heftiges Weib — verzeih mir, daß ich Dir

Unrecht tat, es soll nie wieder geschehen! Nicht wahr, Du bist mir nicht mehr böse?“

„Nein, mein Herz, garrnichts.“

„Sie schaute ihm prüfend ins Gesicht — da mit einem Male erwachte in ihr eine Lebenslust der Jüdischkeit, die nur an der vorher in ihr mächtigen Lebenslust der Eiferin ein gleichwertiges Beispiel hatte. Sie warf sich plötzlich an seinen Hals, weinte und lachte in einem Atem, küßte ihn mit der züngelnden Zunge, drückte ihr Haupt an seine Brust und sein Haupt an ihre, preschte ihn an sich mit aller Kraft ihrer Arme, und es war seltsam, welche eine furchtbare Kraft die augenblickliche Aufwallung dieses dünnen fleischlosen Mannes verleiht, küßte ihn von neuem und immer wieder, auf den Mund, auf Wangen und Stirn auf Bart und Kinn, dabei beständig sie ihre überströmende Liebe in wahrhaft unartikulierten Lauten, in kreischenden, schmeichelnden, ätzenden Tönen, wie eine Bohnenkur, und dazwischen gab sie ihm die lieblichsten Schmeichelnamen, hat um Verzehrung oder Liebe ihn an, sie nicht zu verlieren, da sie nicht ohne ihn leben könne.“

„Alan, teurer, einziger, geliebter Mann — nicht wahr, Du bist mir dieses ungeheure Leid nicht an? Ich könnte es nicht ertragen, Dein Abschied spricht mein Todesurteil! Wäre Du es je fähig, so würde ich nicht, was ich anfrage! Habe Dich, Alan, hüte Dich mich lebend zu machen! O, sei nicht böse, daß ich wieder außer mir gerate, nur meine Blicke spricht aus mir, die grenzenlos Angst um Dich! O, ich bin so stolz, so glücklich in Deinem Besitze! Wie schön Du bist, Alan — o wie sehr mich Deine Liebe wagt — o wie glücklich ich bin, daß Du mir gehörst, Alan, mit allem! Das Weib will ich verderben, die Dir jemals besser gefiel, als ich!“

„So plauderte, koste, drohte, lachte, weinte, schmeichelte das eigenartige Geschöpf, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich

Das eigenartige Geschick, während ihre Umarmungen immer glücklicher, ihre Blicke immer verzehrender wurden; halb Lächeln, halb Galle, hing sie am Hals Alans, der sich



sehung der Lohn- und Arbeitsbedingungen keine Berücksichtigung. Leipzig blieb bis zum Jahre 1896 diejenige Stadt, in der bei jeder Lohnbewegung der Buchbinder der Affordtariff eine wichtige Rolle spielte, während das gleiche Verhalten in Berlin und Stuttgart weniger in den Vordergrund trat, weil die Affordtariff hier nicht die Bedeutung hatte wie in Leipzig. Seit dem Jahre 1900 gehören aber die drei genannten Städte einer Tarifgemeinschaft an, die zwischen dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer und dem Deutschen Buchbinderverband abgeschlossen wurde. Als eine ganz einseitige konnte diese Tarifgemeinschaft freilich niemals bezeichnet werden, indem nicht nur die Stundenlöhne teilweise bedeutende Aufschläge aufwiesen, sondern auch in Berlin Sondertarife für Vorarbeiter und Arbeiterinnen bestanden, die höhere Preislage als in dem allgemeinen Tarif enthielten, wogegen in Leipzig und Stuttgart Männerarbeiten, die von Frauen hergestellt wurden, geringer entlohnt werden konnten, als die Sätze des allgemeinen Tarifs zuließen. Diese unbillige, ungesunde Vielseitigkeit entsprang Verhältnissen, die in der vorantastlichen Zeit sich eingestellt hatten und die auf einmal nicht beseitigt werden konnten. Diese offensiblen Mängel sollten bei der diesmaligen Erneuerung der Tarifgemeinschaft möglichst ausgeglichen und außerdem der Kreis der Tarifgemeinschaft weiter gezogen werden. Das dies keine leichte Aufgabe sei, wußten auch die führenden Personen im Buchbinderverband. Sie wußten auch, daß solche durchgreifenden Veränderungen möglichst unter Mitwirkung der Prinzipale zu geschehen hätten und sie wandten sich deshalb bereits im Januar d. J. an den Buchbinderbesitzer-Verband, um mit ihm in gemeinsamen Verhandlungen die schwierige Materie zu regeln. Leider fand der Buchbinderverband statt eines Entgegenkommens die schroffste Zurückweisung, indem ihm in einer Unterredung mit dem Buchbinderbesitzer-Verband das Ultimatum gestellt wurde: Die Tarifgemeinschaft, so wie sie besteht, auf weitere 5 Jahre gelten zu lassen, ohne daß nur ein Punkt geändert würde; anderenfalls würden die Prinzipale nach dem 1. Mai ihre Maßnahmen treffen. Mit diesen „Maßnahmen“ zögerte man auch nicht, und zwar nahm man die Maßnahme in Berlin zum Anlaß, um auch den größten Teil der völlig unbeschäftigten Arbeiter in Leipzig und Stuttgart auf die Straße zu werfen. Die späteren Vorlesungen sind ja bekannt; nur so viel sei daher gesagt, daß man den bisherigen Scheitern für die geschehene Ausperrung, die Arbeiter, völlig fallen gelassen hat und offiziell seitens des Verbandes des Deutschen Buchbinderbesitzer Verbandes brutal, aber wenigstens wahrheitsgemäß, erklärt: „Wir erkennen den Buchbinderverband nicht mehr an. — Unsere Mitglieder geben Mitgliedern Ihres Verbandes keine Stellung in ihren Betrieben.“ Die Begründung für diese indultenfeudalen „Maßnahmen“ ist genau so abendscheinig wie diejenige vor acht Wochen. Dafür, daß der Buchbinderverband ganz gewaltige Opfer gebracht hat, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse außerhalb des Bannterritoriums der Tarifgemeinschaft zu heben und andere Städte für die Tarifgemeinschaft reif zu machen, während der Prinzipalverband nicht einen Finger krümmt gemacht hat, wird ihm noch der Vorwurf zu teil, hinter dem Rücken seiner Tarifkontrahenten Sondertarife abgeschlossen zu haben. Seine „große Unwissenheit in wirtschaftlichen Fragen“ soll der Buchbinderverband auch dadurch bewiesen haben, daß er die fluchwürdige Heimarbeit beseitigen wollte, die leider mehr und mehr Eingang im Bereiche findet. Erwähnen der Buchbinderbesitzerverband in einem offiziellen Schreiben vom 21. März 1906 unumwunden zugibt, daß „die Kosten der Lebenshaltung des einzelnen auch in den letzten Jahren weiter gestiegen sind“, verweigert er in demselben Schreiben mit einer ganz unverständlichen Logik, „aus diesem Grunde eine Erhöhung der Minimalstundenlöhne und der Affordlöhne zu bewilligen“. Von einem sozialpolitischen Verständnis oder gar einem Entgegenkommen gegenüber berechtigten Forderungen merkt man bei den Arbeitgebern des Buchbinderberufes nichts. Das unverfälschte Schaumstrahlenspiel spielt auch hier die Trümmer aus, was nicht wunder zu nehmen braucht, wenn man bedenkt, daß der Vorstand des Unternehmervereins des Buchbinderbesitzer Verbandes des Verbandes sächsischer Industrieller ist. Er fühlt sich als ein kleiner Stumm, und in stolzer Ueberhebung glaubt er den Buchbinderverband mit Stumpf und Stiel anzuköpfen zu können. Das wird ihm auf keinen Fall gelingen. Aber der Kampf ist unzweifelhaft ein sehr schwerer, und es wird nicht nur der ganzen Kraft des Buchbinderverbandes selbst, sondern auch der Hilfe der übrigen Arbeiterschaft bedürfen, wenn er sich demselben mit Ehren herabsetzen soll. Braucht man auch keine Furcht wegen der drohenden Vernichtung des Verbandes zu haben, so liegt doch die Gefahr nahe, daß er in die nächste Zukunft für das wichtigste Gebiet seiner Tätigkeit ausgeschaltet wird. Und darum handelt es sich in dieser Linie in dem dem Buchbinderverband aufgezwungenen Kampf.

### Uns Maj und Herr.

Die Vernichtung eines Menschenlebens durch die Justiz! Das verurteilt hat sich unser herrlicher Reichstag in Breslau wieder mal an einem armen Kinde. Das vierjährige Mädchen ist Halbwaife. Die Mutter muß nach dem Tode des Vaters als Köchin in einem Hotel Tag und Nacht arbeiten, um den Unterhalt für die Familie zu verdienen. Unter diesen Umständen konnte aus der Erziehung der Kinder nicht viel werden. Das Mädchen war bereits einmal wegen Diebstahls mit einem Beweise bestraft worden, die Mutter hatte sich daraufhin vergeblich bemüht, das Kind in eine Erziehungsanstalt unterzubringen. Wahrscheinlich war es trotz der Bitten der hilflosen Mutter für die Fürsorgeerziehung noch nicht „reif“ erachtet worden. Inzwischen aber hatte es sich zur Ueberreife entwickelt. Den ganzen Tag unbeaufsichtigt auf der Straße, war es dahin gekommen, andere Kinder, die von ihren Eltern fortgeschickt waren, um Lohn zu holen oder Einkäufe zu machen, das Gäß durch List oder Gewalt zu entziehen. Nun stand es wegen Straßenraubes vor der Strafkammer. Nicht weniger als 23 Fälle standen unter Anklage. Der Staatsanwalt hielt zwei Fälle von Raub, im übrigen nur Diebstahl für vorliegend, und beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht nahm vier Fälle von Raub an, die mit je sechs Monaten Gefängnis in Einjah gebüßt wurden. In den siebzehn weiteren Fällen, die als Diebstahl betrachtet wurden, erachtete man eine Gefängnisstrafe von je zwei Monaten als „ausreichende“ Sühne. So kamen 58 Monate Gefängnis zusammen, die in eine Gesamtstrafe von drei Jahren zusammengezogen wurden. — Wir wollen nicht niederschreiben was sich angesichts dieses ungeheuerlichen Urteils, das nichts anderes bedeutet als die Vernichtung eines Menschenlebens, unwillkürlich in die Feder drängt. Schreiben wir, was wir fühlten, so stürzte man uns selbst auf mindestens drei Jahre ins Gefängnis. Aber die Opfer werden auch selbst diese neue Tat der Breslauer Justiz gebührend zu würdigen wissen!

Karriose Bekanntmachungen, die von eigenartiger Intrigue ihrer Verfasser zeugen, findet man öfters auf dem Lande. In einer Aufschrift an das „Leipziger Tageblatt“ aus dem Vogtlande wird auf einige Karriosen hingewiesen. Es heißt darüber: Verbote und Bekanntmachungen sind nicht immer in tabellarischer Anordnung abgefaßt. Einige sind sogar schwer zu enträtseln. So steht z. B. in Neundorf eine Tafel, auf der zu lesen ist: „Verboten.“

Die lakonische Kürze ist ja zu loben, aber bitter wäre es, wenn man wüßte, was eigentlich „verboten“ ist, zumal diese Warnungstafel mitten auf einer Wiese steht. Gelehrter dürfte auch die Tafel sein, die vor wenigen Jahren den Zwoschower Weg zeigte und auf der wörtlich stand: „Wär dieses Kruntstid bebruid, galt 5 M. in der Arm Kase.“

Manche Warnungstafeln sind allerdings schon sehr schätzenswert gewesen wegen der Heiterkeit, die sie hervorriefen, wie jene, deren stehenden Eintrick wegen bekannt geworden, auf der es hieß: „Der, der den, der den hier b'frühdigen Warnungspfahl, daß nichts in den Teich geworfen werden soll, selbst in den Teich geworfen hat, bei diesem Amte angeklagt, erhält 5 Taler B'fchungs!“

Eine der komischsten Verordnungen eines Gemeindevorstandes war aber wohl die, in der ein Ortsschulze befahl, „daß vom 15. d. Mts. an die Pferde und Kühe in den Ställen nicht mehr mit brennenden Tabakspfeifen gefüttert werden dürfen!“ Und auch die folgende Tafel ist gut: „Dieser Weg ist kein Weg. Wer es aber dennoch tut, zahlt 5 M. in die Armenkassa.“

Das „Leipziger Tageblatt“ weist übrigens mit Recht darauf hin, daß sich karriose ähnlicher Art auch in Großstädten, namentlich auf Kirchhöfen befinden.

Deutsche Bedientenseelen? Wie wir der „Wiener Arbeiterzeitung“ entnehmen, ist in künftigen deutschen nationalen Blättern eine Besprechung erschienen, die der „österreichische“ Bürgermeister von Wien am Hofe des kaiserlichen Prinzen von Bayern verfaßt hat und die in ihrer Bedientenhaftigkeit so komisch ist, daß sie hier ausgedehnter zitiert sei: „Herr Kommodenkaptän Bülow, Flügeladjutant des Prinzen, besuchte mich aus Wien, daß Seine Königliche Hoheit am Montag den 11. Juni gelegentlich seiner Automobilfahrt durch Wien in Wien anhalten würde. Um die erbetene Ehreung und Halbierung der Gemahle Wien entgegenzunehmen. In Besichtigung des Hotels „Kaiser von Österreich“ warnte ich mit Schriftsteller Krobath die Anstalt der hohen Herrschaften ab. Kurzum kam der Prinz und sein Begleiter, der ich ansprach: „Bitte

ich Sie, habe ich die Ehre, mit Herrn Kommodenkaptän von Bülow zu sprechen?“ „Nein, ich bin der General Bülow, Begleiter des Prinzen.“ Herr Kommodenkaptän Bülow erlitt später ein“ ward mir zur Antwort. Ich bat um Entschuldigend und vernagte mich, worauf mich General Bülow auf seine Zimmer fragte, offenbar in der Meinung, ich gehe zum Hause zurück. (Man hielt den wackeren Bürgermeister infolge seiner tiefen Verbrennungen für einen „Kellner“, bemerkt hierzu das Wiener Blatt.) Ich wies ihn über die Treppe hinauf, wo er vom Hotelier in Empfang genommen wurde. Dann ließen wir uns bei Excellenz Bülow anmelden und ihn bitten, daß er uns eine kurze Unterredung gestatte. Er bedeutete uns, daß uns der Prinz heute schon zu sehen und zu sprechen wünsche. Wie es weiter ging, weiß ich nicht. Mein Dentel war mögen schon für einen Moment gelähmt zu sein von dieser Ueberraschung. Ich und Krobath standen auf einmal vor dem Prinzen in dessen Salon, wo wir vom zufällig anwesend gemessenen Herrn Hofrat Baron Rhyms vorgestellt wurden. Ich dankte Seiner Königlichen Hoheit für den heutigen Empfang und für die Gnade, morgen unsere Halbierung entgegenzunehmen zu wollen. Der Prinz schüttelte und mehrmals die Hände, und nachdem wir nochmals gedankt und uns verbeugt hatten, war diese unverhoffte Audienz bei dem Bruder des deutschen Kaisers vorüber. Ich und Krobath fragten uns gegenseitig, ob es Wirklichkeit oder nur ein Traum gewesen war. Beim Empfang in Wien war der Prinz gleichfalls ungemein liebenswürdig, was auf das anwesende distinguierte Publikum rührend und entzückend wirkte. Dem einen Augen entrollten Freudentränen, die anderen wieder glänzten vor Begeisterung.“ Wenn schon ein preussischer Prinz lächelnd auf das Dentelvermögen eines Österreicher wirkt, fragt die „Reichspost“ mit Recht, wie verherrend muß erst Wilhelm II. selbst auf derlei Gehirne wirken! Und solch bezauberndes, schwachsinntiges Woll redet noch über die „Bedientenhaftigkeit“ anderer!

Ein Vorgefester! Zur Degradation und fünf Monate Gefängnis verurteilte das Breslauer Kriegsgericht der ersten Division, unter Vorsitz des Majors Grafen von Rittberg, den Sergeanten Urndt vom Füsilier-Regiment 38 in Olaf, der angeklagt war des Mißbrauchs der Dienstgewalt zu Privatweden in Verbindung mit vorchriftswidriger Behandlung Untergebener in neun Fällen, in einem Falle auch in Verbindung mit widernatürlicher Unzucht! Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Zeugen waren 6 Jüfiliere. § 175 widernatürliche Unzucht, ward nicht angenommen, wohl aber Beleidigung. Bei dem Angeklagten liegt krankhafte Veranlagung vor.

Für 5 Pf. Wurfstrafe — für Dienstmädchen. Die „Münch. Post“ berichtet aus München: In den letzten Tagen der vergangenen Woche kam in einem Charakterskizzen der inneren Stadt eine „Gräbige“ und verlangte für 5 Pf. Ausschmitt. Sie meinte wohl für 50 Pf. „Gräbige“? Ich verwundert die Lachnerin. „Nein“, erfolgte darauf die Antwort, „ich meinte für 5 Pf. Wurfstrafe für das Dienstmädchen.“ „Bedauer, Gräbige“, antwortete darauf die Lachnerin, „damit kann ich leider nicht dienen.“ Einige Kunden äußerten sich entrüstet zu der Sache, worauf die Gräbige schleunigt den Laden verließ. Wie sehr die Degradation der Dienstmädchen vonnöten ist, kann auch dieser Vorfall wieder beweisen.

Ein Waggelst. Der Gustav Adolf-Verein der Provinz Brandenburg hat aus Anlaß seines 60. Stiftungstages ein Halbtagungstelegramm abgeschickt. Das hat diesen Wortlaut:

„Euer Majestät, dem erhabenen Protektor der preussischen Provinz der Gustav Adolf-Stiftung, mag die diesmal in Landsberg a. W. tagende 60ste Jahresversammlung ihre ehrfurchtsvollen Glückwünsche darzubringen!“ Das „Waggelst“ ist wahrhaftig groß! Was Menschenleben wert sind. Wegen Ungleichheit gegen den Dienstboten, wodurch das Erschließen des Marktes vom 99. Regiment in Jüben auf dem Schreibstisch veranlaßt wurde, verurteilte das Kriegsgericht in Straßburg den 23jährigen Freiwilligen Referendar Andreas, den Leiter des Anstaltgedienstes, zur vier Monate Festung und dem Unteroffizier Boldt zu drei Monaten Gefängnis. Der Unfall entstand durch falsche Signalisierung. Der die Aufsicht führende Leutnant Hinburg ist freigesprochen worden. — Der Hofstaatssekretär Eggert, der im Frühjahr beim Schießen nach einer Gartenfeier einen Arbeiter tötete, wurde von der Strafkammer in Eisenach zu der lächerlich geringen Strafe von drei Tagen Gefängnis verurteilt.

„Was gibt es, Katie?“  
„O, Allan, ich Verwirrung, ich Unglückselige!“  
„Was ist nun wieder? Was hast Du getan?“  
„Ich habe mich selbst verloren, Allan — o großer unheimlicher Gott und Heiland, ich habe Dich und Deine iltige Mission verlor!“ Sie saß wieder auf ihrem Lager zurück, verbarg ihr Antlitz in den Polstern und begann empfindlich zu schluchzen und zu höhnen.  
„Du hast nur der Stimme Deines Herzens Gehör gegeben, mein Herz, und das ist keine Sünde!“ sagte er die zregte zu beschwichtigen.  
„Doch das gealterte Geschöpf war keiner Beruhigung zugänglich.“  
„Nein, Allan, nein, versuche nicht, mich zu trösten,“ rief sie mit gellender, zufolge der übermäßigen Anstrengung e letzten Stunde, fast heiserer Stimme, „ich bin verworfen, habe mich verloren!“ Ich weiß, und ich habe es Dir oft gesagt, ich bin nur solange stark, als ich mich reinste von jeder irdischen, sinnlichen Leidenschaft; sobald die Mischung mich überwindet, sobald ich tue und empfinde 2 andere Menschen, bin ich verworfen und verliere die oft, zu sein, was ich bin! O, mein Gott, verzeihe mir, gib mir meine unabhänge Schwäche! O, laß mich büßen, ich, büßen wie Du willst, aber entziehe mir Deine Gnade o Hüße nicht!“  
Der Spruch trat seine Hand auf ihr Haar und sprach:

„Ich bin ein Kind und weiß zulezt noch mit einer halbverrückten Dorn fertig zu werden. Wohl wahr, jetzt kann ich nicht extrahieren, ich darf es nicht logisch mit ihr verderben, aber nur noch einige Monate Geduld, und ich weiß einen Weg, mich von ihr auf gute Manier zu befreien. Ich kenne eine Person, die mir es Dank wissen wird, wenn ich Deine Worte übermittle, teure Katie, und die auf Füßeln des Dampfes herbeikommen wird, wird Dich von meinem Herzen und von dem Vater Deiner Priesterhaftigkeit zu reißen, sobald sie nur erst ahnt, wo sie Dich zu finden hat — ha-ha-ha — warum sollte ich ihr nicht den Gefallen tun?“  
„Raum hatte dieser Gedanke in ihm Wurzel gefaßt, so war auch die gute Laune des biederer Amerikaners wiederhergestellt. Er rauschte nicht mehr, er drohte nicht mehr, sondern pfiff eine Opermelodie, wie er vergnügt lächelnd auf- und abging.“  
„Sie leicht, aber die Vorstellung besteht nun einmal in mir und also wird meine Furcht auch in Erfüllung gehen — ich bin abergläubisch, Allan, bis zur Narrheit. Daß mich Geliebter, geh jetzt, ich muß allein sein.“  
„Nein, Allan, indem er sich anfühlte als gehörte er nur gewöhnlichen ihrem Drängen, entfernte sich, herzlich froh, endlich loszukommen und sich so vorzüglich aus der Affäre gezogen zu haben. In seinen eigenen Zimmern angelangt, warf er rasch Hut und Mantel ab, dann nahm er in einem Behagliche Pütz und überließ sich seinen Grübeln. Der ehrenwerte Herr mußte ziemlich übler Laune sein, denn er schrie bald eine höhnliche, bald eine zornige Miene auf und schaltete zwei- oder dreimal sogar die Faust gegen die Wand, in der er Katie wachte.“  
„Die Maria“, schalt er vor sich hin. „da liegt sie ge-

„Ich bin ein Kind und weiß zulezt noch mit einer halbverrückten Dorn fertig zu werden. Wohl wahr, jetzt kann ich nicht extrahieren, ich darf es nicht logisch mit ihr verderben, aber nur noch einige Monate Geduld, und ich weiß einen Weg, mich von ihr auf gute Manier zu befreien. Ich kenne eine Person, die mir es Dank wissen wird, wenn ich Deine Worte übermittle, teure Katie, und die auf Füßeln des Dampfes herbeikommen wird, wird Dich von meinem Herzen und von dem Vater Deiner Priesterhaftigkeit zu reißen, sobald sie nur erst ahnt, wo sie Dich zu finden hat — ha-ha-ha — warum sollte ich ihr nicht den Gefallen tun?“  
„Raum hatte dieser Gedanke in ihm Wurzel gefaßt, so war auch die gute Laune des biederer Amerikaners wiederhergestellt. Er rauschte nicht mehr, er drohte nicht mehr, sondern pfiff eine Opermelodie, wie er vergnügt lächelnd auf- und abging.“  
(Fortsetzung folgt)